

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 111

MÄRZ/APRIL 1994

50 Pfennig

Bosnien: Pulverfaß Europas Verteidigt Serbien gegen NATO-Angriffe!

Am Morgen des 28. Februar schossen über Zentralbosnien F-16-Kampfbomber der USA unter NATO-Kommando vier Flugzeuge ab, von denen das Pentagon behauptet, daß sie den bosnischen Serben gehören. Die Luftangriffe wurden von Bundeswehr-Soldaten gelenkt, die in AWACS-Aufklärern über der Adria saßen. Das imperialistische Bündnis ist über seine Hungerblockade gegen Belgrad hinausgegangen, die sie unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und dem Feigenblatt der „Friedenserhaltung“ durchsetzte, und führt jetzt direkte Kriegshandlungen gegen Serbien durch. Während die westlichen Medien voll von Propaganda sind, die das „arme kleine Bosnien“ unterstützt und die „ethnischen Säuberungen“ durch Serben verurteilt – und dabei zweckmäßigerweise die gleichen von Kroaten und bosnischen Moslems angewandten mörderischen Taktiken in dem dreiseitigen nationalistischen Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien ignoriert –, müssen klassenbewußte Arbeiter



Ch. Jungeblodt/Third Eye

Bundeswehr im Einsatz: Mit AWACS-Aufklärern war sie direkt am Luftangriff der NATO-Kampfbomber in Bosnien beteiligt

auf der ganzen Welt die Serben verteidigen gegen die Angriffe der Imperialisten, die der bluttriefende Feind der gesamten Menschheit sind.

Fortgesetzt auf Seite 16

Zionistisches Massaker in Hebron Israelische Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten!

1. März – Das abscheuliche Gemetzel an moslemischen Palästinensern, die am 25. Februar in einer Moschee in der West-Bank-Stadt Hebron beteten, war eine schauerhafte Absichtserklärung von extremen Zionisten. Diese messianischen Mörder sind bereit, eher das palästinensi-

Nieder mit dem Israel/PLO- Abkommen gegen Palästinenser!

sche arabische Volk in einem völkermörderischen Blutbad zu ertränken, als einen Zentimeter von „Großisrael“ aufzugeben. Dies ist ihre Antwort auf das „Friedens“-Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

Als der zionistische „Extremist“ Baruch Goldstein wäh-

rend des frühmorgendlichen Gottesdienstes in der heiligen Stätte des Islam das Feuer eröffnete, wurden Wände und Fußböden der Moschee mit Blut getränkt. Dies war ein berechneter Massenmord. Goldstein, ein Siedler, der sich seine Reserveoffiziersuniform angezogen hatte, schob ein 35-Schuß-Magazin nach dem anderen in sein automatisches Gewehr, ein von der Armee ausgegebenes Galil. 60 oder noch mehr Palästinenser wurden ermordet, etwa 200 weitere verwundet.

Als wütende Proteste die besetzten Gebiete überrollten, schickten die israelischen Herrscher massive Truppenverstärkungen dorthin. Sechs Menschen wurden vor einem Krankenhaus in Hebron sofort niedergeschossen, als Soldaten in eine Menge von verzweifelten Verwandten und Nachbarn feuerten. Allein in den ersten beiden Tagen nach dem Hebron-Massaker wurden 20 Palästinenser getötet. Ein

Fortgesetzt auf Seite 19

Bolschewiki beseitigten Gesetze gegen Homosexualität



TROTZKI

Der Paragraph 175, der Homosexuelle kriminalisierte, wurde in der ehemaligen DDR 1972 abgeschafft. Jetzt endlich fiel dieser verhaßte Paragraph nach 123 Jahren auch im Deutschen Reich. Doch wurde er keineswegs ersatzlos gestrichen, sondern der Paragraph 182 über sogenannten „Jugendschutz“ wurde dafür verschärft: Kriminalisiert wird jetzt jeder sexuelle Kontakt zwischen Jugendlichen unter 16 Jahren und Älteren. Jugendlichen wird also die „sexuelle Mündigkeit“ abgesprochen; mit der Unterstellung, sie könnten kein Interesse an Sex haben, wird ihnen dieser verboten. Kindern und Jugendlichen sollen damit Enthaltbarkeit, Schuldgefühle und Angst eingetrichtert werden, als Teil des allgemeinen reaktionären Klimas im wiedervereinigten Vierten Reich.

Die Oktoberrevolution von 1917 legte zum ersten Mal die Grundlage für die wirkliche Gleichberechtigung der Frauen und beseitigte alle Gesetze gegen Homosexualität. Wie Dr. Grigorii Batkis, Dozent am sozialhygienischen Institut in Moskau, darlegte, ging die frühe Sowjetrepublik davon aus, daß der Staat sich aus sexuellen Angelegenheiten raushalten sollte, solange wirkliches Einverständnis besteht. Diese emanzipatorischen Grundsätze wurden später umgestoßen, als die konservative stalinistische Bürokratie danach strebte, ihre Position zu festigen, zum Teil durch die Stärkung der Familie und der traditionellen sozialen Wertvorstellungen.

Die heutige Sexualgesetzgebung der Sowjetrepubliken ist das Werk der Oktoberrevolution. Diese Revolution ist nicht nur als politische Erscheinung, sofern sie dem Proletariat die politische Diktatur sicherte, von Wichtigkeit. Die von ihr ausstrahlenden Umwälzungen erstrecken sich auch auf das übrige Leben...

Die soziale Gesetzgebung der russischen kommunistischen Revolution will kein Produkt reiner Kathederweisheit sein, sondern stellt einen Niederschlag des Lebens dar. Erst nach der erfolgten Umwälzung, nach dem Triumph der Praxis über die Theorie, trachtete man nach neuen, festen Bestimmungen einer ökonomischen Ordnung. Damit wurden auch Formen für die Einrichtung

des Familienlebens und für die Gestaltung der sexuellen Beziehungen gemäß den Nöten und den natürlichen Erfordernissen des Volkes geschaffen.

Die zaristische Gesetzgebung bestand aus mehreren Bänden, in denen grenzenloser Despotismus, Sanktionierung der Willkür, der Gewalttätigkeit und der Versklavung des Weibes die Grundnote abgaben.

Das alte russische Ehe- und Familienrecht war der Abklatsch des allgemeinen Systems, das auch in politischer und ökonomischer Beziehung das System der Bedrückung war...

Sie [die Oktoberrevolution] läßt nichts von den alten despotischen und dazu grenzenlos unwissenschaftlichen Gesetzen bestehen, sie beschreitet nicht den Weg der reformatorischen bürgerlichen Gesetzgebungen, die mit juristischen Subtilitäten noch immer an dem Begriff des Eigentums in der sexuellen Sphäre hängen, und die letzten Endes die Herrschaft der doppelten Moral in bezug auf das Geschlechtsleben fördern...

Indem nun die Sowjetgesetzgebung alle diese Seiten der Übergangsperiode berücksichtigt, baut sie sich auf folgenden Prinzipien auf:

Sie erklärt absolute Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft in geschlechtliche Beziehungen, soweit sie Niemandem Schaden bringen und Niemandes Interessen verletzen...

Gegenüber dem Homosexualismus, der Sodomie und irgendwelcher anderer Formen der sexuellen Befriedigung, die von den europäischen Gesetzgebungen als öffentliches Vergehen gegen die Sittlichkeit hingestellt werden, verhält sich die Sowjet-Gesetzgebung genau so wie zu dem sogenannten „natürlichen“ Verkehr. Alle Formen des Verkehrs sind Privatangelegenheit. Die Frage der kriminellen Verfolgung taucht erst bei Anwendung von Gewalt und Zwang, wie überhaupt bei einem Übergriff oder Schädigung der Interessen des Anderen auf.

Dr. G. Batkis, *Die Sexualrevolution in Rußland* (1925, Hervorhebung im Original)



LENIN

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (040) 33 01 54
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (030) 4 43 94 02
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 111

März/April 1994

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
 Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
 Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 111

Neue Adresse:

Postfach 555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

IGM/ÖTV-Raubtarif: Burgfrieden für SPD-Regierung

In den Medien ist Kohls Name in letzter Zeit zum Synonym für „Verdrossenheit“ geworden, wobei sogar Teile der Bourgeoisie meinen, daß es an der Zeit wäre, die SPD zurück ins Kanzleramt zu bringen. Doch was durch die Wahl einer SPD-Regierung droht, zeigen die „Öffnungsklauseln“ und die Raubverträge, die von IG-Metall- und

Wir brauchen eine revolutionäre Arbeiterpartei!

ÖTV-Spitze im Interesse des „Standorts Deutschland“ abgeschlossen wurden und die nicht nur die Arbeiter schröpfen, sondern auch ihre Gewerkschaft schwächt.

Es war kein Zufall, daß die IG-Metall-Bonzen für ihren Teilstreik-Nichtstreik Niedersachsen ausgesucht hatten, die Heimat des „Modells Volkswagen“, in dessen Aufsichtsrat SPD-Ministerpräsident Schröder sitzt. Dies war der Auftakt zum „Superwahljahr 94“, und die SPD wollte den Frankfurter Bankern ihre Unentbehrlichkeit demonstrieren, so wie in Wolfsburg, als sie den Bossen die mächtige IG Metall auslieferte. Tatsächlich begrüßte der DAX Schröders Wahlsieg und legte 41 Punkte zu. In der letzten Ausgabe des *Spartakist* (Nr. 110, Februar) warnten wir: „Kein Burgfrieden für SPD-Regierung“, aber genau das ist passiert.

Die Bosse und ihre Politiker wollen die Arbeiter für ihren Anschluß und ihre Wirtschaftskrise bezahlen lassen und die Gewerkschaften verkrüppeln. Aber ihre Forderungen nach einer „Null-Runde“ und einer Rückkehr zur 40-Stunden-Woche hat wütende Empörung ausgelöst. Hunderttausende Metaller strömten im Warnstreik auf die Straße, fast 93 Prozent stimmten in Niedersachsen für Vollstreik. Mit ihnen standen die zwei Millionen Mitglieder starke ÖTV sowie die Postgewerkschaft zum ersten Mal vor einem bundesweiten Tarifikampf. Auf der Tagesordnung stand diesmal der gemeinsame Kampf der riesigen Gewerkschaften IG Metall und ÖTV in Ost und West. Es fehlte weder an Kampfbereitschaft noch an sozialer Macht, sondern an einer *klassenkämpferischen Führung*.

Diese Macht zu mobilisieren bedeutet eine politische Konfrontation mit der de facto Großen Koalition von CDU und SPD. Um einen Kampf zu verhindern, verschenkten die Gewerkschaftsbürokraten Rechte und Errungenschaften, die in Jahrzehnten erkämpft worden sind. Aber trotz all ihres großen Geschreis über „Aussperrung“ hatten auch die Bosse Angst vor einer direkten Konfrontation mit der immer noch mächtigen Arbeiterbewegung in Deutschland.

Angesichts der kapitalistischen Konterrevolution im Osten und der kapitalistischen Krise im Westen wollen die europäischen Bourgeoisien dringend den sogenannten „Sozialstaat“ demontieren und die Ausbeutungsrate in die Höhe treiben. Westeuropa steckt in der schwersten Depression seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, mit mehr als 20 Millionen Arbeitslosen in der ganzen Region. Diese Depression kommt am Ende einer Periode, in der die Arbeitskosten in Westeuropa im Vergleich zu seinen imperialistischen Hauptkonkurrenten immer mehr davonzogen. Angefangen Ende der 70er Jahre hat das amerikanische Kapital, gefolgt von Japan, in starkem Maße seine Produktionskapazitäten in Niedriglohnländer Lateinamerikas und des Fernen Ostens verlagert. Zum Teil als eine Folge davon erhöhte es die Ausbeutungsrate im eigenen Land außerordentlich. Clinton lud die Minister von Amerikas sechs reichsten imperialistischen Rivalen (die G-7) zu einer sogenannten „Beschäftigungskonferenz“ ein, um sie über die Vorteile des „Modells Amerika“ zu belehren, das auf der Aushöhlung der Gewerkschaften, auf rassistischem Terror und auf dem Fehlen eines sozialen Netzes beruht.

Der westeuropäische „Sozialstaats“-Kapitalismus, mit seinen umfangreichen Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen, war eine Einrichtung des Kalten Krieges, die den Einfluß der UdSSR, nach ihrem Sieg über Hitler, und die starken stalinistischen Parteien in der Südflanke der NATO neutralisieren sollte. Dieser „Sozialstaat“ steht jetzt in ganz Westeuropa auf der Abschußliste. Vom macht-



IG Metall mit ihrem strategischen Bestandteil an Immigranten hat die Macht, die Offensive der Kapitalisten zurückzuschlagen. Revolutionäre Führung ist der Schlüssel

vollen ÖTV-Streik in Westdeutschland 1992 bis zum militanten und siegreichen Air-France-Streik Ende letzten Jahres leisten die Arbeiter erbitterten Widerstand dagegen.

Die Arbeiter haben es nicht nur mit einzelnen Kapitalisten zu tun, sondern auch mit dem Staat der Bosse, der sogar oder besonders dann, wenn er von den Sozialdemo-

Fortgesetzt auf Seite 4

Antikommunistische Hexenjagd durch Finanzerpressung Hände weg von der DKP!

Am 15. Februar wurden der langjährige ehemalige DKP-Parteivorsitzende Herbert Mies und DKP-Präsidiumsmitglied Kurt Fritsch ins Gefängnis geworfen, weil sie sich weigern, als Kronzeugen gegen ihre eigene Partei und ihre Genossen beim Schalck-Golodkowski-Ausschuß aufzutreten. Nachdem eine Flut von Protesten beim Gericht einging, die von der DKP-Zeitung *uz* dokumentiert wurde, wurden die beiden DKP-Führer eine Woche später freigelassen. Doch die gerichtliche Anerkennung ihres Zeugnisverweigerungsrechts kann weitere Kriminalisierungsversuche gegen die DKP einleiten, da es direkt darauf beruht, daß sie sich selbst belasten würden.

Wie das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), das mit der SpAD brüderlich verbunden ist, in einer Protesterklärung vom 17. Februar feststellte:

„Sie sind Opfer der wütenden antikommunistischen Hexenjagd der Bourgeoisie von Auschwitz, die den Sieg der Roten Armee 1945 rächen und jegliche Erinnerung an den deformierten Arbeiterstaat DDR auslöschen will, der aus diesem Sieg entstanden war. Das ist es, was die ‚Aufarbeitung der deutschen Geschichte‘ durch den selbsternannten Nachfolgestaat des Dritten Reichs bedeutet. Mit der Zerstörung der DDR fühlen sich die Herrscher des Vierten Reichs stark genug, die Verfolgung aller Kommunisten und Linken zur Weißglut zu treiben.“

Das Komitee für soziale Verteidigung hat zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei von Anfang an gegen die Hexenjagd gekämpft. Wir machten klar, daß die Kapitalisten keinerlei Recht haben, über die DDR oder

irgendeine Angelegenheit der Arbeiterbewegung zu urteilen. Wir forderten: Viertes Reich – Hände weg von Honecker, Mielke und Markus Wolf! Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf war es! Wir forderten Freiheit für Pohl, Langnitschke und Kaufmann, die hinter Gitter geworfen wurden, weil sie einfach das Geld der PDS vor den gierigen Klauen der Hexenjäger schützen wollten. Die Treuhand muß das Geld und die Gebäude an die PDS zurückgeben! Hände weg vom *Neuen Deutschland!*

Es ist der reinste Hohn, daß die DKP-Finzen jetzt von der gleichen Bourgeoisie zum Vorwand für ihre Kommunistenhatz genommen wird, die sich aus der Ausblutung und Ermordung von Millionen Juden und Zwangsarbeitern aus dem Osten genährt hat. Man braucht nur an das ‚arisierte‘ Geld der Deutschen Bank zu erinnern; jetzt agiert die SPD mit der Berliner Oberhexenjägerin Jutta Limbach für die Enteignung der PDS. Die Stasi-Hexenjagd und die Entlassungen sollen dazu dienen, den Kommunismus zu verteufeln und die Werktätigen einzuschüchtern – so wie auch das Verbot der kurdischen PKK verhängt wurde, um die Arbeiter gegeneinander aufzuhetzen. Es ist kein Zufall, daß die Verhaftungen von Mies und Fritsch am Vorabend einer entscheidenden Klassenschlacht der Metall- und ÖTV-Arbeiter stattfinden. Das Komitee für soziale Verteidigung kämpft dafür, die Organisationen der Arbeiterbewegung und Linken zu mobilisieren, **um die Freiheit für Mies und Fritsch zu erkämpfen und diese schmutzige Hexenjagd zurückzuschlagen.** Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!“

Burgfrieden...

Fortsetzung von Seite 3

kraten regiert wird, mit seinen Gesetzen, Gerichten, Gefängnissen und bewaffneten Kräften der blutigen, rassistischen Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuter über die Arbeiterklasse dient. Genau deshalb brauchen die Werktätigen so dringend ein revolutionäres Programm und eine Partei, die ihre Verteidigungskämpfe, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, mit ihrer Mobilisierung zur Eroberung der politischen Macht verbindet. Genau ein solches Programm bot die Spartakist-Arbeiterpartei im letzten *Spartakist* (Nr. 110, Februar) unter der Überschrift an: „Arbeiter in Ost und West: Zerschmettert die Kapital-Offensive!“.

Im letzten Jahr kündigte Gesamtmetall eiskalt den ostdeutschen Tarifvertrag. Trotz der Verwüstung der Industrie des ehemaligen deformierten Arbeiterstaats DDR durch den Anschluß schlugen damals die Metaller diese Provokation zurück, als sich ihr disziplinierter und entschlossener Streik nach Westen ausweitete.

Aber diesmal gaben die IG-Metall-Bonzen alles ohne Kampf auf. „Beschäftigungssicherung“ nach dem sogenannten VW-Modell bedeutet Arbeitszeitverkürzung bis auf 30 Stunden ohne Lohnausgleich: ein Lohnraub von 17 bis 25 Prozent. Gesamtmetall hat seine „Öffnungsklausel“ durchgesetzt, die die Arbeiter verschiedener Betriebe und sogar Abteilungen gegeneinander stellt und die Macht der Gewerkschaft zersplittert. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (7. März) jubelte in einem Leitartikel: „Zum ersten Mal hat die IG Metall betrieblichen Öffnungsklauseln zugestimmt, mithin – zumindest in bestimmtem Umfang –

die Festlegung von Arbeitszeit und Entlohnung aus ihrer Macht und Verfügungsgewalt entlassen. Noch im vergangenen Jahr war eine ähnliche Vereinbarung für die neuen Bundesländer nach einem Streik am erbitterten Widerstand der Gewerkschaft gescheitert.“

Sogar schon vor den ersten Verhandlungen ging die ÖTV-Chefin in die Knie, als sie Kohls Ruf nach einer „Null-Runde“ jubelte, solange die Schlechtbezahlten bei der „Null“ bevorzugt würden. So ist es geschehen: Die Schlechtbezahlten müssen sieben „Null“-Monate auf die Tarifierhöhung warten, die anderen sogar neun. Neu Eingestellte werden im Krankheitsfall nicht 26, sondern nur sechs Wochen lang weiterbezahlt. Noch schlimmer: Dies war zwar der erste gemeinsame Ost-West-Vertrag, für den die Arbeiter die elementare Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ erhoben; doch statt dessen bleibt für lange Zeit die ehemalige DDR ein Billiglohnland. Modrow/Gysis Versprechen „Wir sind ein Volk, 1:1“ bedeutet, ostdeutsche Arbeiter müssen sofort West-Preise bezahlen oder noch mehr, und das bei 40 bis 80 Prozent vom West-Tarif.

Während sich die Bürokraten beeilten, diese stinkenden Tarifverträge vor der Landtagswahl in Niedersachsen zu unterschreiben, beeilte sich die SPD, mit der Kohl-Bande einen „Kompromiß“ über die Pflegeversicherung zu erreichen, bei dem die Arbeiter alles bezahlen und die dadurch „entlasteten“ Kapitalisten gepflegt werden. Sogar IGM-Chef Zwickel bezeichnete ihn als einen „sozialpolitischen Rückfall hinter Bismarck“ (*Frankfurter Rundschau*, 12. März).

Aber dies war eine direkte Folge des verrotteten,
Fortgesetzt auf Seite 22

15 000 protestieren gegen Nazi-Terror in Halle Nazis und rassistische Volksfront schreien „Rufmord“

Seit den Massenprotesten von Jugendlichen und Immigranten gegen die Nazi-Brandanschläge in Rostock, Mölln und Solingen ist die rassistische Volksfront von CDU bis SPD und PDS damit beschäftigt, das Vierte Reich zu beschönigen. Während sie Lichterketten und „Diskussionsrunden“ mit Nazi-Mördern organisiert, erledigen die Faschisten weiter ihr blutiges Geschäft, so daß im Februar sogar die UN-Menschenrechtskommission erstmals Anklage gegen das wiedervereinigte Deutschland wegen der rassistischen Überfälle und Morde erhoben hat. Die Volksfront schrie darauf wie mit einer Stimme „Rufmord“.

Als im Januar das Bild der 17jährigen Behinderten Elke Jäger aus Halle mit einem in die Wange geritzten Hakenkreuz um die Welt ging, gab es besonders unter den Jugendlichen einen Aufschrei der Empörung. Trotz der von der Polizei schon am 13. Januar verbreiteten Zweifel an einem Skinhead-Überfall auf Elke demonstrierten an diesem Tag in Halle 15 000 Schüler gegen Naziterror. Auf die Proteste der Hallenser Schüler folgte aber ein Aufschrei ganz anderer Art: Die rassistische Volksfront trat in Aktion, um das Ansehen Halles und des Vierten Reichs zu „retten“.

Der SPD-Sozialdezernent Guido Till, der schon wegen seiner Schließung der Kindergärten in ganz Halle verhaßt ist, behauptete: „Rechtsextremismus ist genauso ein Problem wie Linksextremismus“, und es gäbe in Halle „keine organisierte Nazi-Präsenz“. Und der Polizeipräsident beschwerte sich im *Halleschen Tageblatt* (18. Januar) darüber, „Halle das Mäntelchen des Rechtsradikalismus umzuhängen“. Da kamen ihnen die Berichte darüber, daß Elke sich selbst das Hakenkreuz eingeritzt hätte, wie gerufen, so daß die großdeutschen Nationalisten vom *Spiegel* (17. Januar) titelten: „Die Lüge mit dem Hakenkreuz“. Die Nazis stürzten sich auf diese Gelegenheit, um ihre eigene Provokation „gegen die Rufmordkampagne im Superwahljahr 1994“ zu starten: Sie drohten einen Aufmarsch am 22. Januar in

Halle an, zu dem die Nationale Liste aus Hamburg aufrief.

Es ist ausgesprochen obszön, daß die Nazi-Terroristen, die den Holocaust durchgeführt haben und jetzt Auschwitz als eine „Lüge“ bezeichnen, und die Bourgeoisie von Auschwitz, die ihren Staat zum legalen Nachfolger von Hitlers Drittem Reich erklärt hat und heute die faschistischen Mörder beschützt und anstiftet, jetzt behaupten, daß ihr „guter Ruf“ beschmutzt worden sei. Und ihre Hetze gegen ein 17jähriges behindertes Mädchen, das in Nazi-Wandschmierereien bedroht wird, ist besonders ekelhaft.

Wir geben nicht vor zu wissen, was in jener Mittagsstunde am 10. Januar tatsächlich passiert ist. Aber wir haben nicht vergessen, daß die Nazis im Namen der Rassen „Reinheit“ kurz nach ihrer Machtergreifung 1933 unter dem Schlagwort der „Euthanasie“ mit der systematischen Ermordung der geistig und körperlich Behinderten begannen. Und es ist klar, daß das Leben von behinderten Menschen im wiedervereinigten Deutschland zum reinsten Horror geworden ist. Erst am 11. Februar wurden in Siegen zwei Skinheads „aus Mangel an Beweisen“ freigesprochen, die einen Behinderten qualvoll ermordet haben.

Wir sehen keinen Anlaß, einem Staat zu glauben, der behauptet, daß in Bad Kleinen der RAF-Unterstützer Wolfgang Grams sich selbst in den Kopf geschossen habe, während es von GSG-9-Bullen nur so wimmelte, die wild um sich schossen. Diese Umkehrung von Opfern und Tätern durch die Polizei ist kein Einzelfall. Jetzt wurde sogar Birgit Hogefeld wegen Mordes und Mordversuchs angeklagt, obwohl sie während der GSG-9-Schießerei gefesselt auf dem Boden der Bahnstufunterführung lag. Nur der dubiose Bund Sozialistischer Arbeiter, der nie auf antifaschistischen Demos auftaucht, „weiß“ aus den Akten des Staatsanwalts, daß Elke nur selbst die Täterin gewesen sein kann.

Als Reaktion auf den angedrohten Nazi-Marsch am

Fortgesetzt auf Seite 6

Spartakist-Block auf Demo am 22. Januar in Halle. Kurz darauf folgte antikommunistischer Angriff auf Spartakisten durch Volksfront-Organisatoren, um „sauberen Ruf Halles“ zu retten



KfsV-Protest gegen Hexenjagd auf JRE

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) hat am 18. März in einer Erklärung entschieden protestiert „gegen die Verbotsandrohung gegen die ‚Jugend gegen Rassismus in Europa‘ (JRE) und die Verweigerung eines Vereinsstatus für die JRE auf Grundlage von Verfassungsschutz-Schnüffelei, die eine Bedrohung für alle Linken und Antifaschisten ist!“ Der Protest wurde an Bundesinnenminister Kanther (CDU) und Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor (SPD) gesandt. Unter anderen hat auch der DGB gegen diesen grundsätzlichen Angriff auf demokratische Rechte protestiert.

Die Begründung des Innenministeriums für die Verweigerung des Vereinsstatus war, daß die JRE im Verfassungsschutzbericht erwähnt ist! Nach einem Einspruch der JRE wurde eine Verbotsverfügung dem Innenministerium Schnoors zur „Prüfung“ übergeben und dann an Kanther weitergereicht. Dies zeigt, wie absurd und gefährlich es ist, an den selbsternannten Nachfolgestaat des

Dritten Reiches zu appellieren, seine Gewalt einzusetzen, die Nazis zu verbieten. Kanthers Verbot der PKK und 35 kurdischer Vereine hat bereits das politische, soziale und kulturelle Leben eines ganzen Volkes kriminalisiert. Auch der Bullenüberfall auf die Redaktion der *Jungen Welt*, weil sie Dokumente der RAF abdruckte, paßt in dieses antikommunistische Muster. Jetzt droht der Staat, Antirassisten zu verbieten.

Als Vorwand für den bedrohlichen Angriff auf die JRE diente die Aussage im Verfassungsschutz-Bericht, die JRE sei eine trotzkistische „Tarnorganisation“ von Voran. Das KfsV protestiert gegen diese Kriminalisierungsversuche! Als rechtliche Verteidigungsorganisation, die in brüderlicher Verbindung mit der trotzkistischen Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands steht, können wir die JRE-Position nur bestätigen, daß die JRE keine „Tarnorganisation“ von Trotzkisten ist. Viertes Reich: Hände weg von der JRE und allen Antifaschisten!

Halle...

Fortsetzung von Seite 5

22. Januar entschied die Hallenser Stadtverwaltung, nachdem sie die Nazis mit ihrer Kampagne gegen Elke Jäger aufgehetzt hatte, den „Ruf“ Halles zu schützen und sicherzustellen, daß es überhaupt keine antifaschistische Gegenmobilisierung gibt. Zuerst verbot sie den Aufmarsch der Nationalen Liste. Dann organisierte eine Allparteienkoalition, die von dem autonomen Zentrum Kellnerstraße e. V., der Vereinigten Linken und der PDS über die „Stasi-Listen“-Hexenjäger des Neuen Forums bis zur CDU und dem Oberbürgermeister reichte, eine Kundgebung am 22. Januar mit dem Aufruf: „Wir appellieren an die Justiz, das Verbot nicht aufzuheben.“ Alle diese Gruppen sitzen zusammen mit einem Vertreter der Bullen am „Runden Tisch für eine gewaltfreie Stadt“, wo die PDS ein Makler für die „Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei“ ist.

Die lokale Presse überschlug sich mit Warnungen vor einer Wiederholung des 9. November 1991: Als damals die Nazis in Halle den Jahrestag der Reichspogromnacht „feiern“ wollten, initiierte das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), das mit der SpAD brüderlich verbunden ist, einen Aufruf zu einer Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um die Nazis zu *stoppen*. Dieser Aufruf fand solch breite Unterstützung, daß der DGB die Arbeiter dazu aufrief, am angekündigten Nazi-Treffpunkt den Aufmarsch des braunen Packs zu verhindern. Aber buchstäblich in letzter Minute sabotierte der DGB seinen eigenen Aufruf und unterstützte statt dessen ein impotentes Ablenkungsmanöver mit Kerzen von PDS und Vereinigter Linken. Dieser Verrat ermöglichte es den Nazis, unter dem Schutz von 4000 schwerbewaffneten Bullen durch Halle zu marschieren. Am Abend gab es dann in der ganzen Stadt isolierte Schlachten von Antifaschisten gegen die Nazis.

Diesmal wollte die Volksfront durch ihre „Sicherheitspartnerschaft“ von Anfang an verhindern, daß so etwas

noch einmal passiert und es überhaupt eine Mobilisierung der Macht der Arbeiter gibt, die das braune Pack *stoppt*. Ihre Rolle wurde bei der Demo am 22. Januar plastisch demonstriert: Es gab fast so viele Bullen wie Demo-Teilnehmer; unter der Regie von rassistischen Bierdärmen versammelte sich der „linke“ Anhang. Die antifaschistischen Schüler und Studenten, die neun Tage vorher den ganzen Marktplatz eingenommen hatten, blieben dagegen weg. Dies hinderte die sozialdemokratische Zeitung *Voran*, die genau wie der BSA der Polizeilinie zu Elke Jäger aufs Wort glaubt, nicht daran, die Demo als Beispiel für besondere antifaschistische Standhaftigkeit zu bejubeln.

Daß die Volksfront-Demo am 22. Januar in erster Linie dazu diente, das „Ansehen“ Halles zu säubern, zeigte sich auch in ihrem brutalen Angriff auf die Spartakisten. Die PDS verteilte „Keine-Gewalt“-Schleifen an die hauptsächlich autonomen Ordner, die sie dann dazu benutzte, den Block der Spartakisten mit physischer Gewalt aus der Demo hinauszuschmeißen. Die rabiaten „Gewaltfreiheitskämpfer“ griffen sogar unbeteiligte Zuschauer an, die gegen diesen Ausschluß protestierten. Und als ob sie sich ihre Mitgliedschaft in der oben erwähnten Koalition verdienen wollten, versuchten die „Keine-Gewalt“-Schläger unser Banner mit den Losungen „Stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfrontaktion“ und „Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien“ herunterzureißen. Besonders unser Plakat, das die „rassistische Anti-Asyl-Koalition von CDU und SPD bis PDS“ angriff, traf zu genau ins Schwarze: „Rufmord“ jaulten die PDS und die Autonomen von Oberbürgermeisters Gnaden, als sie die Kommunisten aus der Demo raussäuberten.

Nur eine Woche später wurde diesen „Linken“ eine objektive Lektion über den bürgerlichen Staat erteilt, als die Bullen einen eintägigen Landesparteitag der faschistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ in Halle schützten und eine Antifa-Gegendemo nach fünf Minuten auflösten. Appelle an den bürgerlichen Staat, die „Nazis zu verbieten“, die er schützt und aufhetzt, sind nicht nur nutzlos, sondern auch gefährlich. Nur die Mobilisierung der sozialen Macht der organisierten Arbeiterklasse kann die Nazis stoppen und durch den Aufbau von Arbeiterverteidigungsgruppen die Immigranten verteidigen. Um den Faschismus ein für alle Mal zu beseitigen, müssen wir das kapitalistische System stürzen, das ihn brütet. ■

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin

Jeden Donnerstag 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

Deutscher Polizeiterror gegen kurdisches Newrozfest

Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!

BERLIN — 19. März. Im Audi-Max der Technischen Universität wollten Kurden das Neujahrsfest Newroz mit Theaterstücken und Musik begehen. Als sie ankamen, war die Tür verrammelt, das Fest wurde verboten. Als Demonstranten eine kurdische Fahne am Eingang aufhängten, wurden sie brutal von den Bullen angegriffen, einzelne Kurden wurden geprügelt und festgenommen. Bei der Verteidigung gegen die Bullenattacken erlitten drei Kurden schwere Brandverletzungen.

Aus Protest marschierten anschließend über 2000 unter Rufen „Gestern Vietnam — heute Kurdistan“ über den Kurfürstendamm. Genossen der SpAD schlossen sich dem Protest sofort an. Ein Banner des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) mit der Losung „Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine“ wurde entfaltet. Das KfsV ist eine mit den Spartakisten brüderlich verbundene Verteidigungsorganisation.

In den Nachrichten wird jetzt gehetzt, daß in ganz Deutschland 85 Bullen bei „Auseinandersetzungen“ verletzt worden sind, ohne das Verbot der Newrozfeiern auch nur zu erwähnen. Der bayerische Innenminister kündigte an, daß „jeder, der dabei war, sofort abgeschoben werden soll“, d. h. an die Folterknechte in der Türkei!

Bereits am 29. November 1993 hatte die Bundesregierung die kurdische Arbeiterpartei PKK und 35 andere Vereine verboten und damit die Hexenjagd gegen Kurden in Gang gesetzt. Die deutsche Bourgeoisie hat den türkischen Kurdenschlächtern ein riesiges Waffenarsenal verschafft, um die „Integrität“ des NATO-Partners Türkei zu verteidigen. Mit dem Verbot und der Hetze gegen Kurden haben sie nochmal bewiesen: Das Vierte Reich ist Pate des Völkermords an den Kurden.

Das Verbot der PKK und anderer kurdischer Vereine ist ein direkter Angriff auf die Arbeiterklasse und hat bereits zur nationalistischen Vergiftung des Klimas in Metallbetrieben beigetragen, wo türkische und kurdische Arbeiter gegeneinander aufgehetzt werden. Um so dringender ist die Notwendigkeit, das Verbot der PKK und der türkischen Organisation Devrimci Sol, das ein Angriff auf die politische Betätigung *aller* Arbeiter ist, durch Massenproteste der organisierten Arbeiter zurückzuschlagen.

Angesichts des Staatsterrors gegen Kurden sollte es die Pflicht der Arbeiterbewegung und Linken sein, kurdische Kulturfeste und andere Treffen durch organisierte Präsenz zu schützen. Aber die deutsche Linke glänzt in der Regel durch Abwesenheit. Und selbst wenn sie vorgibt, die Rechte von Kurden zu verteidigen, wie bei der Bonner Großdemonstration am 12. März, wird sie zum Hilfspolizisten im Vierten Reich. Die Organisatoren der Demo „Freiheit für Kurdistan — Das Verbot der PKK muß fallen“ schlossen ein Abkommen mit der Polizei, das das Tragen „kurdischer Fahnen und Embleme“ untersagte.



Berxwedan

Kassel, 18. Dezember 1993: KfsV-Banner bei militantem Protest von Kurden gegen PKK-Verbot

Der massive Terror gegen Kurden in Deutschland begleitet den eskalierenden Völkermord in Kurdistan. Jetzt wurden sechs Abgeordnete der prokurdischen Partei DEP verhaftet, und die Ministerpräsidentin Tansu Çiller spricht sogar offen von der „Endlösung der Kurdenfrage“. Mehr als 300 000 Soldaten wurden in die kurdischen Gebiete der Türkei verlegt, was besonders vom Newroz am 21. März bis zur Kommunalwahl am 27. März eine Blutwoche erwarten läßt.

Die Antwort der PKK auf diese Offensive der türkischen Bourgeoisie in diesem Augenblick ist die Übergabe eines Olivenzweiges an Çiller. Auf einer von medico international organisierten Kurdistan-Konferenz in Brüssel im März wurde ein Waffenstillstandsangebot von PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan vorgelesen, das „die Möglichkeit einer türkisch-kurdischen Föderation“ anbietet. Diese Appelle an die Imperialisten sind nichts Neues, wie wir bereits beim Waffenstillstandsangebot der PKK 1992 schrieben („Olivenzweig der PKK an NATO-Kurdenschlächter Özal“, *Spartakist* Nr. 102, April 1993). Auf dieses Angebot antworteten die Kurdenschlächter damals mit einem Massaker beim Newrozfest in Cizre.

Wir Spartakisten kämpfen dagegen unerbittlich für wirkliche Selbstbestimmung der Kurden, das bedeutet ihre Unabhängigkeit. Aber diese kann nur durch die Zerschlagung von vier kapitalistischen Staaten — Iran, Irak, Syrien und Türkei — durch Arbeiterrevolution verwirklicht werden. Für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Das zumeist sozialistisch orientierte kurdische Proletariat lebt überwiegend in der Diaspora in Europa und in den proletarischen Zentren von Ankara bis Istanbul. In der Arbeiterbewegung in Deutschland haben die Kurden und Türken eine strategische Position. Gegen die Teile- und Herrsche-Politik der Imperialisten müssen die kurdischen und türkischen Arbeiter, die zu Hunderttausenden im DGB organisiert sind, mit ihren deutschen Klassenbrüdern im Kampf gegen das Vierte Reich vereinigt werden. ■

Jelzin spielt alte antikommunistische Leier Kronstadt und Konterrevolution damals und heute

Während die Erinnerung an Stalins Terror lebendig bleibt, ist Lenin bei den Massen des nach-sowjetischen Rußlands weiterhin eine hochangesehene Persönlichkeit. Aus ihrer eigenen antikommunistischen Perspektive bemerkte die *New York Times* (11. Januar): „Auch wenn Lenins Mythos in den letzten Jahren erhebliche Einbußen erlitten hat, hat die Regierung im allgemeinen direkte Angriffe auf sein Andenken vermieden, offensichtlich aus Angst davor, bei den Millionen Anstoß zu erregen, die mit der Legende des unfehlbaren Führers aufgewachsen sind, der zu früh gestorben ist, um Stalins Terror zu verhindern.“ Eine von Jelzins



AP

Präsident Jelzin und Ruzkoi beim Patriarchen der Konterrevolution Alexij. Jelzin leistete schon seinen Amtseid vor dem russisch-orthodoxen Popen

ersten Maßnahmen nach seinem blutigen Oktoberputsch war die Schließung des Lenin-Museums in Moskau.

Am Vorabend von Clintons Rußland-Besuch im Januar startete Jelzin eine neue Kampagne, die sich besonders gegen Lenins anerkannte Persönlichkeit richtete, indem er wieder einmal die Meuterei von Kronstadt im März 1921 zum Thema machte — ein Bestandteil antibolschewistischer Propaganda in den letzten 70 Jahren. Ein 46seitiger Bericht, der auf einer Nachrichtenkonferenz im Kreml am 10. Januar veröffentlicht wurde, „rehabilitierte“ die Matrosen, die gegen die Regierung von Lenin und Trotzki in einen Aufstand getreten waren. Mit dem Hinweis auf die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands erklärte der neue Chef des russischen Fernsehens, Alexandr Jakowlew, ein langjähriger „Freund“ des westlichen Imperialismus, daß Stalin „bloß der Große Fortführer von Lenins Arbeit“ gewesen sei. Jelzins Wortführer versuchten die eher zahme stalinistische parlamentarische Opposition dadurch zu diskreditieren, daß sie sie anschrien: „Seht auf die Blutspur, die ihr hinterlassen habt.“

Die Niederschlagung der Kronstadt-Revolution als einen ideologischen Knüppel gegen die Bolschewiki zu benutzen hat eine lange und erbärmliche Geschichte. Besonders

Ende der 30er Jahre zur Zeit der Moskauer Säuberungsprozesse griffen kleinbürgerliche Liberale den ständigen anarchistischen Refrain über Kronstadt auf, um den Trotzismus, den Wahrer der Traditionen und des Programms der Bolschewiki, mit Stalins Terrorregime in Verbindung zu bringen. Trotzki spießte die damaligen liberalen/anarchistischen Vorwürfe in mehreren Artikeln auf, darunter „Das Zetergeschrei um Kronstadt“ (Januar 1938).

Schon seit 1921 nehmen die Anarchisten die Kronstädter Meuterer für sich in Anspruch. Der amerikanische Anarchist Alexander Berkman nannte sie „die Reinsten der Reinen“.

Berkman ist am besten bekannt für seinen fehlgeschlagenen Attentatsversuch auf den Gummibaron Henry Frick, der das Massaker an den streikenden Homestead-Stahlarbeitern 1892 angeordnet hatte. Wie kommt es, daß die Kronstädter Meuterei sowohl von Anarchisten bejubelt wird, die den Anspruch erheben, unversöhnliche Feinde der kapitalistischen Ausbeutung zu sein, als auch von Boris Jelzin, dem anerkannten Agenten der Imperialisten im heutigen Rußland? Weil Kronstadt den historischen Schnittpunkt zwischen anarchistischem und bürgerlich-reaktionärem Antikommunismus markiert.

Kronstadt war ein Marinestützpunkt auf einer Ostsee-Insel in der Nähe der früheren russischen Hauptstadt Petrograd. 1917 spielten die Matrosen, unter ihnen viele probolschewistische anarchistische Kämpfer, eine wichtige und heldenhafte Rolle bei der Oktoberrevolution. Doch in den nächsten paar Jahren wurden diese ursprünglichen Kronstädter an die verschiedenen militärischen Fronten im Bürgerkrieg gegen die Armeen der konter-

revolutionären Weißen geschickt, die direkt durch Expeditionskorps der westlichen und japanischen Imperialisten unterstützt wurden. Sie wurden in Kronstadt ersetzt durch politisch unerfahrene junge Rekruten, zum größten Teil aus der ländlichen Bauernschaft.

Bis zum Winter 1920/21 hatten sieben Jahre imperialistischer Krieg und Bürgerkrieg Sowjetrußland auf ein wirtschaftliches Ödland reduziert, was zu weitverbreiteten Bauernunruhen gegen den „Kriegskommunismus“ führte und gegen die Zwangseintreibung von Getreide durch die bolschewistische Regierung, die sie zur Verteidigung des Arbeiterstaats gegen die Weißen Armeen benötigte. Es gab eine Reihe von Bauernaufständen, die oft gekennzeichnet waren durch antisemitische Pogrome gegen die örtlichen jüdischen Gemeinden.

Die Kronstädter Meuterei war eine Revolte der Bauernsöhne in Uniform gegen die harten Verhältnisse der proletarischen Macht in einem Sowjetrußland, das vom Weltimperialismus belagert wurde. Die ökonomische Hauptforderung der Matrosen war „freier Handel“ für die Bauernschaft mit Getreide und anderen Nahrungsmitteln. Bei den linken, insbesondere anarchistischen, Traditionen von Kronstadt versuchten die Meuterer ihrer antikommuni-

stischen Revolte einen „revolutionären“ Anstrich zu geben. Die bolschewistischen Führer verstanden, daß der Aufstand, bei allen konfusen Einstellungen der aufständischen Matrosen, den mächtigen Kräften der weißgardistischen Konterrevolution diene. Kronstadt war äußerst exponiert, als der Punkt, der Europa am nächsten und vor den Toren Petrograds lag. Im Norden war Finnland unter dem zaristischen General Mannerheim. Und wie Trotzki in einer Rede vor der Kommunistischen Jugendinternationale im Juli 1921 sagte, „war Kronstadt nahe daran, in die Hände des französischen und englischen Imperialismus überzugehen. Zwei oder drei Tage mehr, und die Baltische See wäre eisfrei gewesen und die Schlachtschiffe der ausländischen Imperialisten hätten die Häfen von Kronstadt und Petrograd einnehmen können.“

Linke Verteidiger der Kronstädter Meuterei beteuern, daß die Matrosen nur eine anarchistische „dritte russische Revolution“ durchführen wollten. Doch Victor Serge, ein Unterstützer der Oktoberrevolution, der aus der anarchistischen Bewegung in Westeuropa kam, verstand, wie er in seinen *Erinnerungen eines Revolutionärs, 1901–1941* schrieb: „Wenn die [bolschewistische] Diktatur fiel, so bedeutete das in Kürze das Chaos, und durch das Chaos hindurch das Vordringen der Bauern, das Massaker der Kommunisten, die Rückkehr der Emigranten und am Ende durch die Macht der Umstände eine andere, antiproletarische Diktatur.“

Jetzt behauptet der Jelzin-Bericht, daß es keinen Beweis für die Beteiligung „irgendeiner konterrevolutionären Organisation“ an der Kronstadt-Revolte gäbe. Doch während das Gros der Matrosen – wie die Bauern, die beim Ende des Bürgerkriegs gegen die sowjetische Regierung die Waffen erhoben – bestimmt keine Rückkehr der Großgrundbesitzer wünschten, hatten ihre Führer umfangreiche Kontakte zu konterrevolutionären Kräften. Dies ist gut dokumentiert worden in Paul Avrachs Studie *Kronstadt 1921* (1970). Der Beweis ist durch die Sympathie des Autors für die Sache der russischen Anarchisten um so überzeugender. Avrich bestreitet, daß die Parole „Sowjets ohne Kommunisten“ von den Kronstädter Meuterern erhoben worden sei. Doch wie wir in unserer zweiteiligen Besprechung seines Buches, „Kronstadt and Counterrevolution“ (*Workers Vanguard* Nr. 195 und 203, 3. März und 28. April 1978) bemerkten: Ob diese spezielle Parole von den Kronstädtern benutzt wurde oder nicht, „und Emigrantenkreise, die zu ihnen Kontakt hatten, behaupteten, daß es so war – es ist völlig klar, daß ihr Ziel der Sturz der bolschewistischen Herrschaft war“.

Der Hauptführer der Meuterei war Stephan Petritschenko, der Sohn ukrainischer Bauern, der ein paar Monate vor der Revolte sich den Weißen anzuschließen versuchte, aber angeblich abgelehnt wurde. Avrich entdeckte, daß zwei Wochen vor dem Aufstand ein Agent des konterrevolutionären Nationalen Zentrums, das im benachbarten Finnland stationiert war, an sein Hauptquartier berichtete, daß eine Gruppe von Matrosen dazu rekrutiert worden war, eine aktive Rolle bei der kommenden Erhebung zu spielen. Petritschenko spielte eine Schlüsselrolle dabei, eine Massenprotestveranstaltung in einen entscheidenden Bruch mit der sowjetischen Regierung zu verwandeln. Während der Meuterei richteten er und die anderen Führer eine Nachschubverbindung zum finnischen Büro des Russischen Roten Kreuzes ein, einer bekannten Tarnung des Nationa-

len Zentrums. Nachdem die Bolschewiki den Aufstand niedergeschlagen hatten, gingen Petritschenko und seine Gefolgsleute freiwillig zum Weißen-General Baron Wrangel.

Antikommunisten aller Schattierungen heulen über die Hinrichtung der gefangenen Kronstädter Meuterer durch die Tscheka, die politische Polizei der bolschewistischen Regierung. Doch man muß verstehen, daß die Bolschewiki um die Aufrechterhaltung der proletarischen Herrschaft kämpften. Sie mußten sich nur den grauenhaften antikommunistischen Terror ansehen, der Mannerheims Finnland und diejenigen Teile Rußlands überschwemmte, die vorübergehend unter der Kontrolle weißgardistischer Generale gewesen waren.

Anarchisten und andere antikommunistische „Linke“ haben versucht, Trotzki, den Gründer der Roten Armee, als den „Schlächter von Kronstadt“ hinzustellen, um den Führer der revolutionären Opposition gegen den Stalinismus zu diskreditieren. Trotzki war zwar nicht persönlich an der Niederschlagung beteiligt, doch er unterstützte sie. In späteren Jahren rechtfertigte er diese notwendige Maßnahme und erklärte:

„Alle reaktionären Elemente, sowohl in Rußland und im Ausland, stürzten sich sofort auf diesen Aufstand. Die Weißen Emigranten forderten Hilfe für die Aufständischen. Der Sieg dieses Aufstandes konnte nichts anderes mit sich bringen als den Sieg der Konterrevolution, vollkommen unabhängig von den Ideen, die die Matrosen in ihren Köpfen hatten. Aber sogar die Ideen selbst waren zutiefst reaktionär. Sie spiegelten die Feindseligkeit der rückständigen Bauernschaft dem Arbeiter gegenüber wider, die Wichtigtuerei des Soldaten oder Matrosen gegenüber dem ‚zivilen‘ Petersburg, den Haß des Kleinbürgertums gegenüber revolutionärer Disziplin. Die Bewegung hatte deshalb konterrevolutionären Charakter und konnte von dem Zeitpunkt, als die Aufständischen Besitz von den Waffen in den Forts ergriffen, nur noch mit Hilfe von Waffen niedergeschlagen werden.“
(„Die Fragen von Wendelin Thomas“, Juli 1937)

Heutzutage versuchen die geistigen Erben der Weißgardisten, angeführt von Boris Jelzin, wieder einmal die Kronstädter Meuterei zu benutzen, diesmal um die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion zu legitimieren.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 595, 4. März



Lenin und Trotzki (stehend in der Mitte) mit Delegierten zum Zehnten Parteikongreß, die gegen die antikommunistische Meuterei mobilisierten

L.J. Leonidow

Militant und SWP in Britannien

Die Reformisten und die Bullen

Militant Labour, Schwesterorganisation der Gruppe Voran, und die Socialist Workers Party, Schwesterorganisation der Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG), appellieren allesamt an den bürgerlichen Staat, er solle die Nazis verbieten. Im Gegensatz zu diesen Verbotsappellen kämpfen die Spartakisten für die Perspektive des Klassenkampfes gegen Nazis. Bei der riesigen antifaschistischen Demo in London am 16. Oktober des vorigen Jahres (siehe Spartakist Nr. 108, November/Dezember 1993) verteilten unsere Genossen der Spartacist League/Britain 9000 Exemplare ihrer Extra-Ausgabe von Workers Hammer, in der sie zwei Polemiken gegen Militant und die SWP veröffentlichten. Eine davon erschien in Spartakist Nr. 108 („Begründungen für eine verrottete Linie“), die andere drucken wir nachstehend ab.



Independent

London, 16. Oktober 1993: Bullen blocken Antirassisten beim Marsch auf das faschistische BNP-Hauptquartier ab

Für diejenigen, die gegen den Faschismus kämpfen wollen, ist die Frage unserer Haltung gegenüber der Polizei entscheidend, denn dies ist die Frage des Staates.

Am Morgen des 28. Juli 1993 ermordeten die Bullen brutal den in Jamaica geborenen Joy Gardner. Dies unterstrich noch einmal – mit Blut – den Klassencharakter der Polizei: die Verteidiger der kapitalistischen Herrschaft und rassistischen Unterdrückung, die vor nichts zurückschrecken.

In einer neuen Broschüre, *Against racism and fascism* [Gegen Rassismus und Faschismus], reagiert Militant Labour auf diesen widerlichen rassistischen Mord mit der Behauptung: „Bis es eine demokratische Kontrolle über die Polizei gibt, einschließlich einer Kontrolle über ihre alltäglichen Operationen, werden Greuelthaten wie diese weiter passieren.“

Dies hat nichts zu tun mit revolutionärem Marxismus – aber alles mit Reformismus nach Art der Labour Party. „Demokratische Kontrolle über die Polizei“ ist eine alberne Illusion, die zu einem Sidney Webb oder einem Tony Benn paßt. Der kapitalistische Staat, von dem die Polizei ein wesentlicher Teil ist, existiert zum Schutz des Reichtums und der Macht einer winzigen Minderheit, die die Arbeit der überwiegenden Mehrheit ausbeutet und davon lebt. „Der Staat [ist] ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere“ (Lenin, *Staat und Revolution*). Er kann nicht reformiert

oder dazu gedrängt werden, im Interesse der Werktätigen und Unterdrückten zu handeln. Der bürgerliche Staat muß zerschlagen werden durch eine Arbeiterrevolution.

Die Polizei wird nur einem Herrn gehorchen: der kapitalistischen Klasse. Jeder jugendliche Angehörige einer Minderheit könnte die tägliche Brutalität bezeugen, die Schwarze und Asiaten durch die Schläger in Grün erfahren. Man denke an Blair Peach, den antifaschistischen Kämpfer und SWP-Unterstützer, der 1979 in Southall von den Bullen ermordet wurde, an die zahllosen Opfer von Polizeikomplotts – die Sechs von Birmingham, die Vier von Guildford, die Drei von Tottenham – und an die streikenden Bergarbeiter, die Polizeiknüppel und Schlimmeres abkriegten, wie bei Orgreave. Wir gedenken derjenigen, die wie Davey Jones als Streikposten ermordet wurden, als sie ihre Gewerkschaft verteidigten.

Aber Militant Labour will die Bullen, die solche abscheulichen Angriffe durchführen, „für sich gewinnen“. Sie rufen dazu auf, die rassistischen und streikbrecherischen Bullen „in den Umkreis der Arbeiterbewegung“ zu bringen, und zwar durch das „Recht der Polizei auf eine unabhängige, demokratische Gewerkschaftsorganisation, die ihre Interessen als Arbeiter verteidigt“ (*The State ... a warning to the labour movement* [Der Staat ... eine Warnung an die Arbeiterbewegung]).

Die Vorstellung, daß die Fronttruppen der kapitalistischen Gewalt und Unterdrückung „Arbeiter in Uniform“ seien,

deren Streiks unterstützt werden sollten, wird auch von der SWP befürwortet.

Im Juli versammelten sich etwa 23 000 Schläger-Bullen im Wembley-Stadion, um gegen den Sheehy-Report über die Bezahlung und die Bedingungen bei der Polizei zu protestieren. Sie trugen T-Shirts mit dem Emblem von Solidarność – der konterrevolutionären Streikbrecher-„gewerkschaft“, die von der CIA, dem Vatikan, Thatcher und den Pseudolinken unterstützt wurde. Die Reaktion der SWP war ein Artikel, der damit endete: „Wenn Polypen streiken, hören sie auf, sich wie die Polizei zu verhalten, und schließen sich wieder ihrer Klasse an.“

Polizei-„militanz“ und Bullenstreiks über Bezahlung und „Bedingungen“ haben unweigerlich eine bonapartistische Stoßrichtung und bestärken die Bullen in ihrer Ansicht, daß sie das „Gesetz selbst“ seien. Bessere „Arbeitsbedingungen“ für Bullen bedeuten weniger Einschränkungen ihrer Möglichkeit, brutal gegen Minderheiten vorzugehen, Streikposten anzugreifen und Provokationen gegen Linke durchzuführen.

Als ein Leser aus Protest an *Socialist Worker* schrieb: „Polizisten sind keine Arbeiter in Uniform“, verteidigte SWP-Guru John Molyneux ihre Bullen-freundliche Linie, ganz begeistert über das Potential, Bullen in Gewerkschaften organisieren zu können. Er vertrat den Standpunkt, daß die Polizisten „für einen Lohn arbeiten“ und daß „die

meisten gewöhnlichen Polizisten einen proletarischen Hintergrund haben“ (*Socialist Worker*, 28. August 1993). Die deutschen Sozialdemokraten (die zusammen mit der KPD zuließen, daß Hitler die Macht ergreifen konnte, ohne einen Schuß abzufeuern) benutzten ähnliche Argumente. Sie behaupteten, die preußische Polizei würde Hitlers Nazis an der Machtergreifung hindern. Leo Trotzki nahm diesen Blödsinn auseinander: „Der Umstand, daß die Polizisten in bedeutender Zahl unter sozialdemokratischen Arbeitern rekrutiert wurden, will ganz und gar nichts besagen... Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter“ (*Was nun?*, Januar 1932).

Die SWP ist noch schlimmer. Sie sind sogar dafür, Gefängniswärter zu rekrutieren! Ein Brief aus dem Gefängnis in Blundeston, den *Socialist Worker* (26. Juni 1993) ohne Kommentar abdruckte, prahlte damit: „Vor etwa einem Jahr hatten wir eine Reihe von Gefängniswägtern, die mit unseren Zielen übereinstimmten und *Socialist Worker* lesen wollten“, und daß die SWP bedeutenden Einfluß unter den Schließern habe. Gefängniswägter haben genau wie die Bullen nichts in der Arbeiterbewegung zu suchen, und ihre Prison Officers Association sollte aus dem Gewerkschaftsdachverband TUC rausgeschmissen werden.

In der *Geschichte der Russischen Revolution* schildert Trotzki den enormen Haß besonders gegenüber den Bullen, der im Februar 1917 unter den proletarischen Massen Rußlands answoll: „Gegen die Polizei war die Menge von wildem Haß erfüllt. Die berittenen Schutzleute empfing man mit Pfiffen, Steinen und Eisstücken. Anders gingen die Arbeiter an die Soldaten heran... Die Polizei ist der grimme, unversöhnliche, verhaßte und hassende Feind. Sie zu gewinnen – davon kann keine Rede sein.“

Eine solch erbitterte Feindschaft gegenüber der Polizei ist Militant Labour völlig fremd. Sie glauben, es sei möglich, durch „Polizeikomitees des Stadtrats“ sicherzustellen, daß „alle rassistischen Elemente oder faschistischen Sympathisanten innerhalb der Polizei ausgesiebt werden“ (*The State* ...). Wie jeder mit auch nur ein bißchen Grips weiß, läuft dies darauf hinaus, die Auflösung der gesamten Polizei zu fordern!

Die Umarmung der Bullen reicht über eine syphilitische Kette von der Labour Party bis zu Militant und SWP. All dieser ekelhafte Stuß kommt direkt aus der Mitte der Labour Party. Der Polizeiverband – von dem ein führender Sprecher Tony Judge ist, ein ehemaliger Labour-Stadtrat unter Ken Livingstone – ist in Labour-Kreisen zu einem Musterbeispiel geworden. Dieser politische Bazillus hat einen Namen: Reformismus. Er zeigt sich auch in den Aufrufen an den kapitalistischen Staat, das BNP-Hauptquartier dichtzumachen: Eine Position, die SWP und Militant mit ihren großen Brüdern in der Labour Party (deren letzte Konferenz für ein Verbot der BNP stimmte) teilen. Die Faschisten müssen durch mächtige organisierte Massenmobilisierungen der Gewerkschaften und Minderheiten zerschlagen werden.

Es wäre schwierig, zwischen den Positionen von SWP und Militant auch nur einen Millimeter Unterschied zu finden. Trotzdem hat die Militant-Tendenz im Lauf der Jahre zweifellos den ersten Preis gewonnen für ihren offenen Enthusiasmus, den kapitalistischen Staat zu reformieren.

Über 40 Jahre lang verbuddelten sich die Gründungskader von Militant in der Labour Party. Durch ihr Bemühen, um jeden Preis in der Labour Party zu bleiben, entwickelten sie eine Reihe von Positionen, die für die Labour-Linken schmackhaft sind. Erst letztes Jahr tauchte Militant als unabhängige Organisation auf, als sie erkannten, daß im Moment die Labour Party von John Smith sogar für Pseudo-Marxisten ein ungemütlicher Platz ist. Doch nichts hat

sich grundlegend in ihrer Politik geändert. Von ihrer Weigerung, offen den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland zu fordern, bis zu ihrer Position für „Arbeitsanktionen“ gegen Argentinien während des Falkland-Kriegs kapituliert Militant weiterhin erbärmlich vor dem britischen Imperialismus. Wie die alten russischen „legalen Marxisten“ haben sie ihre Spuren unter einem Anstrich von formalen marxistischen Lehren versteckt.

Die Frage des Staates ist der reformistische Kern der Politik von Militant. Zusammen mit meterlanger Propaganda, in der Lenin gepriesen wird, veröffentlichen sie Artikel, die behaupten: „Eine friedliche sozialistische Umwandlung der Gesellschaft wäre durchaus möglich, wenn ... von einer Labour-Regierung kühne Maßnahmen ergriffen würden“ (Peter Taaffe, *The State* ...). Diese Position hätte Lenin



Workers Hammer

SL/B auf Londoner Demo am 16. Oktober: „Nein zu erbärmlichen Appellen an den kapitalistischen Staat!“

dazu gebracht, zur gleichen scharfen Feder zu greifen, mit der er den Renegaten Kautsky auseinandernahm. Um einen marxistischen Deckmantel zu behalten, erkennen sie an, daß die kapitalistische Reaktion versuchen würde, eine Arbeiterregierung zu zerschlagen – und greifen dann nicht in das Arsenal des Marxismus, sondern nach einer Position, die von der Socialist League des Sir Stafford Cripps Anfang der 30er Jahre vertreten wurde: dem „Enabling Act“ [Ermächtigungsgesetz].

Cripps stellte die Theorie auf, daß eine wirkliche sozialistische Labour-Regierung (ein Widerspruch in sich) Notstandsgesetze verabschieden müßte, die sie ermächtigen würden, „eine schnelle und vollständige Umwandlung des kapitalistischen Systems in das sozialistische“ durchzuführen. Er mühte sich ab, keinem geringeren als dem Generalstaatsanwalt der Nationalregierung zu versichern, daß er zwar an „eine sehr schnelle Veränderung des gegenwärtigen Systems mit der Methode der parlamentarischen Demokratie“ glaube, daß man dies aber als revolutionär „in dem gleichen Sinn, wie man von einer ‚revolutionären‘ Veränderung der Steuerpolitik spricht“, bezeichnen könnte, sicher aber nicht „in der Art der Russischen Revolution“ (zitiert nach Ralph Miliband, *Parliamentary Socialism*).

Peter Taaffe, Führungskader von Militant Labour, gab diese Herkunft zu: „In den 30er Jahren ... traten [die Führer der Socialist League] John Strachey und Clement Attlee für ein Ermächtigungsgesetz ein, das von einer künftigen Labour-Regierung angewandt werden sollte. Es wäre für die Arbeiterbewegung völlig demokratisch, ihr Programm klar darzulegen und dann die fällige Warnung auszusprechen,

Fortgesetzt auf Seite 22

4
Junge
Spartakisten

Eine proletarische Strategie zum Kampf gegen Faschismus

Am Wochenende des Martin-Luther-King-Feiertages inszenierte der Ku Klux Klan rassistische Provokationen in den Hauptstädten von acht US-Bundesstaaten. Wo immer diese Faschisten sich zeigten, waren die antirassistischen Demonstranten in der Überzahl. Aber die Mobilisierung gegen den Klan in Springfield, Illinois, war etwas Besonderes, denn hier wurde, in einzigartiger Weise, als Antwort auf einen Aufruf des Partisan Defense Committee (PDC) ein Kampf darum geführt, die soziale Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um alle zu verteidigen, die vom KKK-Terror bedroht sind. Das PDC ist die mit der Spartacist League/U.S. brüderlich verbundene Ver-

Teil eins von zwei

teidigungsorganisation. Mehr als 500 Menschen trotzten der arktischen Kälte, um den KKK am 16. Januar zu stoppen (siehe Bericht in Spartakist Nr. 109, Januar). Wir drucken hier eine für die Veröffentlichung leicht überarbeitete Rede des Genossen Al Nelson ab, die er bei einer Sitzung der Mitgliedschaft der SL/U.S. und des Spartacist Youth Club in der San Francisco Bay Area über die politische Bedeutung der Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung von Springfield gehalten hat.

Es ist jetzt etwas mehr als fünf Jahre her, seit die Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung von Philadelphia die Nazi-Skinheads daran hinderte, am 5. November 1988 eine Provokation durchzuführen. Seitdem haben wir eine Reihe neuer Mitglieder gewonnen, die nur durch einige Videos und vielleicht durch das Wälzen der alten Jahrgänge des *Workers Vanguard* etwas über diese Mobilisierung und andere frühere Parteiaktionen erfahren haben. Wenn man sich ein Video anschaut, kann man den Eindruck gewinnen, daß der ganze Prozeß ziemlich nahtlos abläuft: Man bringt einen Aufruf heraus, Gewerkschaften unterstützen ihn, es werden massenhaft Flugblätter verteilt, mehrere tausend Menschen tauchen auf, und der Klan und die Nazis werden in die Flucht geschlagen.

Die Realität ist viel komplexer und schwieriger, es geht um einen sehr intensiven politischen Kampf an drei oder vier oder fünf Fronten zur gleichen Zeit – mit dem kapitalistischen Staat, sowohl auf Bundes- als auch auf lokaler Ebene; mit der reaktionären Spitze der Gewerkschaftsbürokratie; mit den reformistischen Opponenten, innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung; mit den Kirchen, der Anti-Defamation-League [einflußreiche antikommunistische zionistische Organisation], den vorgeblich revolutionären Organisationen und ihren jeweiligen konkurrierenden Koalitionen; mit der bürgerlichen Presse usw. Die Kämpfe werden immer hitziger, je näher der Tag der Demonstration rückt, und die letzten 12 bis 24 Stunden sind die Zeit der wirklich schmutzigen Tricks. In Philadelphia z.B. hatten wir, nachdem wir die ganze Zeit von der Polizei schikaniert worden waren, Genossen in Zelten am Platz bei der Independence Hall und der Liberty Bell übernachtet lassen. Um Mitternacht hörten sie scheppernde Geräusche und stellten fest, daß die Bullen unser Gebiet mit Absperrungen aufteilten. Unsere Anwältin kam sofort angedüst, schrie die

Bullen an, weckte dann den Chef der Parkverwaltung auf – ich glaube, es war etwa zwei Uhr nachts – schrie ihn an, und sie entfernten die Absperrungen. Aber das war nur Stunden, bevor wir unsere eigentlichen Vorbereitungen treffen wollten.

Am Tag selber entwickelt sich dann eine halb militärische Situation, wo es um das Kräfteverhältnis zwischen Demonstranten, Bullen und Faschisten geht – das selbst viele, viele Varianten hat, das man nur teilweise vorhersehen kann und ein hohes Maß an taktischer Flexibilität und Urteilsvermögen verlangt, mit ständiger Kommunikation zwischen den Leuten vor Ort und der Parteizentrale. Auf jeder Fall weiß man bis zum Tag selber nie, was tatsächlich passieren wird.

Es hat seit 1979 etwa sechs oder sieben dieser Mobilisierungen gegeben. Es gab taktische Fehler, kleine und große, einen teilweisen Zusammenbruch von wichtigen Kadern und zumindest in einem Fall eine sehr ernsthafte politische Verzerrung, die innerhalb der Demonstration und der Vorbereitung selbst aufgetreten ist. Nach jeder Aktion macht das Politische Büro normalerweise eine Nachbesprechung, dabei wird mit unserer üblichen brutalen Ehrlichkeit versucht, die jeweiligen Mängel zu beurteilen und zu charakterisieren. Meine eigene persönliche letzte Checkliste ist eine Art von geistiger Anzeigetafel mit all den früheren Sachen, die vermasselt wurden – den großen wie den kleinen –, um wenigstens die Chancen möglichst klein zu halten, die gleichen Fehler noch einmal zu machen.

Auf diese Weise hat die Partei als ganzes erhebliche Erfahrungen gewonnen bei diesen Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierungen seit November 1979 in Detroit, der ersten von denen, die wir durchführten. Bei jener Demonstration nahm das PB am Mittwoch einen Antrag an, die Demo war am Samstag – das war eng! Wir verteilten 85 000 Flugblätter. Damals kam ein weiterer harter Kern, ein *wirklich* harter Kern, von schwarzen Arbeitern und Jugendlichen zur Demo. Ich glaube, es waren etwa 500 da. Die „Jugendlichen“ übrigens war eine beschönigende Umschreibung für Bandenmitglieder – es waren einige knallharte Typen dort. Damals hatte der Klan gesagt, er wolle die Morde in Greensboro feiern, die nur zwei Wochen vorher geschehen waren. In Detroit dann stempelte der schwarze demokratische Bürgermeister, Coleman Young, am Abend vor der Demo in den 11-Uhr-Nachrichten die Demonstration in übelster Weise als gewalttätig ab, und wir saßen die ganze Nacht an den Telefonen und riefen die wichtigsten Unterstützer im ganzen Land an und riefen Washington an und spielten dabei das Justizministerium gegen die Stadt Detroit aus.

Eine Strategie und Taktik, geerbt von den Bolschewiki

Wir haben weder die Prinzipien noch die Taktik erfunden, die wir bei diesen Aktionen anwenden. Es sind vielmehr konkrete Anwendungen der Erfahrung von Lenin und der Bolschewistischen Partei in der Russischen Revolution und besonders vom Genossen Leo Trotzki, dessen Schriften uns eine breite marxistische Analyse des Faschismus liefern: unter welchen Bedingungen er wächst, seine Klassenbasis

Revolutionäres Bewußtsein ist der Schlüssel

und die Taktiken, die nötig sind, um die Arbeiterklasse zu seiner Zerschlagung zu mobilisieren. Ich lege den Genossen ans Herz, die Sammelbände dieser Schriften über den Faschismus zu lesen oder nochmals zu lesen. Es gibt besonders zwei Bände — *Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?* und *Wohin treibt Frankreich?* — als Grundkurs. Wenn ihr einige dieser Artikel lest, werdet ihr sehen, daß viele der grundlegenden Taktiken sich ableiten von der bolschewistischen Verteidigung der Kerenski-Regierung gegen General Kornilow, um den Sturz von Kerenski selber und damit den Sturz der provisorischen Regierung systematischer vorzubereiten. Viele Taktiken, die wir anwenden, kommen also daher.

Wir sprechen wirklich über die Parteifrage in Aktion, über den subjektiven Faktor, der notwendig ist für die politische Mobilisierung des Proletariats zu seiner eigenen Verteidigung, über die Beziehung zwischen der Führung, der Partei und der Klasse. Es geht deshalb um viel mehr



Springfield, Illinois

Workers Vanguard

Frühzeitige Unterstützung von Gewerkschaftern aus Illinois war Schlüssel für den Aufbau der Arbeiter/Schwarzenmobilisierung gegen Ku Klux Klan

bei diesen Aktionen als um reine Zahlenspiele. Ich habe keinerlei Zweifel daran, daß wir bei milderem Wetter mindestens 1500 Demonstranten gehabt hätten, trotz der logistischen Schwierigkeiten, die Hauptkräfte und eine Kommandozentrale in Chicago zu mobilisieren und dann drei Stunden nach Springfield zu fahren. In Austin, Texas, gab es eine größere Demonstration — 2000 gegen 33 Klan-Männer, ein viel besseres Zahlenverhältnis als in Columbus, wo es mehrere hundert gegen 40 waren, und in Denver, wo es nach Aussagen der Polizei ungefähr 95 zu 30 waren.

Ich wünschte, auch in all den anderen Staaten, wo der Klan Kundgebungen hatte, wären 2000 Leute auf die Straße gegangen. Aber es gibt ein weiteres wichtiges Kriterium. Welche Aktion von allen Protestdemonstrationen an jenem Wochenende gab dem Proletariat mehr Bewußtsein über seine soziale Macht und seine historischen Aufgaben? Als 1939 nach dem Hitler-Stalin-Pakt die Rote Armee nach Ostpolen einmarschierte, wurde das kapitalistische Privateigentum abgeschafft, denn der Stalinismus war eine parasitäre Kaste, die sich auf kollektiviert, staatliche Eigentumsverhältnisse stützte. Trotzki sagte, daß zwar die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse fortschrittlich und verteidigungs-

wert sei, aber für uns, die Vierten Internationalisten, die politische Hauptfrage sei, ob diese Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse zu einer Hebung des Bewußtseins und der Organisiertheit des Proletariats führen. Angesichts der bürokratischen militärischen Methoden, die Stalin benutzte, war die Antwort 1939 negativ; der Stalinismus blieb ein reaktionäres Hindernis für revolutionäres Bewußtsein. Hat die Mobilisierung von Springfield das Bewußtsein des Proletariats gehoben und dazu geführt, daß es seine potentielle soziale Macht besser erkennt? Die Antwort darauf muß ein ausdrückliches „Ja“ sein.

Revolutionäre Führung ist der Schlüssel

Diese Mobilisierung hat sehr, sehr weite Kreise gezogen in der Gewerkschaftsbewegung von Chicago und im Gebiet von Illinois und hatte politische Auswirkungen, die weit über die numerische Größe von jenem harten Kern hinausgingen, der an jenem Morgen bei Temperaturen von -10 oder -12 Grad und einem subjektiven Kälteempfinden infolge des eisigen Windes von -30 bis -40 Grad nach draußen gegangen ist. (Das waren die Bedingungen um 7 Uhr morgens in Springfield. Die Zahl in der letzten Ausgabe des *Workers Vanguard* von subjektiv -16 Grad war der *Höhepunkt*, nämlich als es wärmer wurde und zu schneien anfang.) Diese Mobilisierung fand ein großes Echo und führte zu Polarisierungen in der Gewerkschaftsbewegung von Chicago und Illinois, bei schwarzen Politikern, Studenten, dem ganzen sozialen Spektrum. Und was die Arbeiter in den Gewerkschaften sahen, waren Leute, die wußten, was sie taten, die vor Gericht und auf der Straße erbittert kämpften und keinen Zentimeter nachgaben, bis wir absolut dazu gezwungen waren durch die Polizeikräfte des kapitalistischen Staates.

Dies erinnerte mich an einen ähnlichen Punkt, den Genosse Cannon in seiner *Geschichte des amerikanischen Trotzismus* machte, im Kapitel über den großen Streik von Minneapolis. Er sagte, im Anschluß an einen Abschnitt, der den ersten Streik im Mai schilderte:

„Als sie sahen, wie der Mai-Streik in Minneapolis ablief, wurde wieder der gleiche Gedanke geäußert: „Diese Trotzisten meinen es ernst. Wenn sie etwas anfangen, führen sie es zu Ende.““

Das ist mir ins Auge gesprungen, aber hier ist ein noch wichtigerer Punkt:

„Es gab keinen wesentlichen Unterschied — tatsächlich denke ich, gab es überhaupt keinen ernsthaften Unterschied — zwischen den Streikenden in Minneapolis und den Arbeitern, die in dieser Zeit im ganzen Land an hundert anderen Streiks beteiligt waren. Beinahe alle Streiks wurden von den Arbeitern mit der größten Militanz geführt. Der Unterschied lag in der Führung und der Politik. In praktisch allen anderen Streiks wurde die Militanz der einfachen Arbeiter von der Führung unterdrückt. Die Führer wurden eingeschüchert von der

Fortgesetzt auf Seite 14



Spartakist

Links, Treptow im Januar 1990: Toralf Endruweit spricht bei der von Spartakisten initiierten Einheitsfront vor 250 000 Antifaschisten, die gegen Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals und zur Verteidigung der DDR demonstrierten. Unten: 5000 Arbeiter/Schwarze stoppten am 27. November 1982 den Ku Klux Klan in Washington, D.C.



Workers Vanguard

Proletarische Strategie...

Fortsetzung von Seite 13

Regierung, den Zeitungen, der Kirche und so weiter. Sie versuchten, den Konflikt von den Straßen und den Streikpostenketten in die Konferenzräume zu verlegen. In Minneapolis wurde die Kampfbereitschaft nicht eingeschränkt, sondern von der Führung organisiert und angeleitet.“

Und er fährt später fort:

„Die moderne Gewerkschaftsbewegung muß politisch angeleitet werden, denn sie ist auf Schritt und Tritt konfrontiert mit der Regierung. Unsere Leute waren darauf vorbereitet, denn sie waren politische Menschen, inspiriert von politischen Konzeptionen. Die Politik des Klassenkampfes war die Richtschnur für unsere Genossen; man konnte sie nicht betrügen und ausmanövrieren wie so viele Streikführer jener Periode, durch diesen Mechanismus der Sabotage und Zersetzung, der bekannt ist als National Labor Board [Regierungsstelle für Arbeitsangelegenheiten] und alle seine Hilfseinrichtungen.“

Das heißt, durch das gesamte Arsenal von Roosevelts New Deal.

Ausgehend von einer ganz anderen Situation, war dies charakteristisch für das, was wir in Chicago und bei anderen Mobilisierungen gemacht haben. Auch wir hatten keine Illusionen in die kapitalistischen Gerichte, obwohl wir im allgemeinen bei früheren Mobilisierungen und damit verbundenen Verleumdungsklagen Erfolg gehabt haben. Einige Parteiführer waren besorgt, daß unsere früheren Erfolge vor Gericht bei einigen Genossen das Verständnis für die grundlegenden Lehren trüben könnten, die in Lenins *Staat und Revolution* enthalten sind. Nun, diesmal haben wir vor

drei verschiedenen Gerichten verloren, ganz schnell!

Aber wir schafften es auch, eine Menge Leute zu beeindrucken mit der Aggressivität und Hartnäckigkeit unserer Bemühungen. Wir hatten erst einen Termin beim Federal District Court [Bundesgericht auf Bezirksebene] in Chicago und dann später am gleichen Tag in Springfield und dann am nächsten Tag beim Berufungsgericht in Chicago, alles in rund 30 Stunden. Der Stadtrat Danny Davis sagte irgendwann: „Meine Güte, ihr Kerle arbeitet schnell!“ Unsere Rechtsanwälte führten den rechtlichen Kampf, und andere Genossen sorgten dafür, daß die Presse und unsere wichtigsten Unterstützer über jeden Schritt informiert waren. Aber wir verloren vor Gericht, und daraufhin zogen wir den Schluß, daß wir keine andere Wahl hatten, als uns an die Einschränkungen zu halten, die uns von den Behörden des Staates Illinois auferlegt wurden.

Daß unsere Kommandozentrale auf die Nordstufen beschränkt war, schuf eine ungeschützte und gefährliche Situation und bedeutete eine schwere Belastung für unsere Führung und das Sicherheitsteam, die Gewerkschaftsordner mit ihrem Kern von Parteimitgliedern. Unser Hauptverantwortlicher für Sicherheit hatte etwa sieben bis acht Sicherheitsverantwortliche, und jeder von ihnen hatte dann ein Team von Gewerkschaftsordnern, die mit ihm zusammenarbeiteten. Wir haben diejenigen, die unseren Aufruf unterstützten, eine disziplinierte kämpferische und demokratische Demonstration versprochen. Unser Ziel war eine Mobilisierung, nicht um gegen die Bullen zu kämpfen, sondern um den Klan zu stoppen.

Trotzki lehrte uns, daß es oftmals Unterschiede gibt zwischen dem existierenden Staat sowie seiner Polizei und den faschistischen Banden. Bullen und Klan, Hand in Hand – wie die Losung sagt –, mögen zusammenarbeiten, aber

sie sind nicht das Gleiche. Und weil wir nicht vergessen, wie die Bolschewiki an die Kerenski-Kornilow-Situation herangegangen sind, ziehen wir es vor, eine jeweils unterschiedliche taktische Herangehensweise zu haben. Wenn das Kräfteverhältnis überwältigend ist, sagen wir 5000 Demonstranten gegenüber den offiziell 285 Bullen, die in Springfield waren (wenn man Spekulationen außer acht läßt, was im Gebäude versteckt war und wieviele BATF-Kräfte [Büro gegen Alkohol, Tabak und Schußwaffen – eine besondere Bundespolizei] dort waren), dann sind die Bullen vielleicht nicht so scharf darauf, als Leibwächter für die Faschisten zu fungieren. Wann immer sich für uns in einer Situation, bei einer dieser Mobilisierungen, eine Öffnung ergibt, werden wir die Faschisten stoppen und haben es auch getan.

Gewerkschafter und Schwarze zeigen den Weg

Diese Demonstration hatte einen polarisierenden Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung. Zwei Ortsgruppen der Nahverkehrsgewerkschaft ATU in Chicago spielten eine Vorreiterrolle beim Kampf für diese Mobilisierung und während der Demonstration selbst, wo sie viele der so wichtigen Gewerkschaftsordner stellten. Die Ortsgruppe 308 unterstützte diese Demonstration und mietete einen Bus, um ATU-Mitglieder hinzubringen. Der Vizepräsident der ATU International, Jackie Breckenridge, war einer der ersten Unterstützer der Demonstration und setzte sich aktiv für sie ein.

Der *Workers-Vanguard*-Artikel berichtet über die massive Intervention gegen unsere Mobilisierung durch den [Gewerkschaftsdachverband] AFL-CIO von Illinois. Das hat wirklich viele Gewerkschafter angekotzt, jüngere Ortsgruppenvorsitzende, die sich der faschistischen Gefahr bewußt waren und dagegen mobilisieren wollten. Sie sagten uns: „Seht, wir können nichts mehr machen; sie setzen uns wirklich unter Druck. Aber wir werden unsere Unterstützung nicht zurückziehen, und wir haben das sichere Gefühl, daß einige unserer Jungs dort sein werden.“ Das haben wir ungefähr von allen als Antwort gehört. Von anderen, wie den Gummi-Arbeitern der mehrere Bundesstaaten umfassenden Region 4, kam die Unterstützung, nachdem der AFL-CIO sein Rundschreiben „Bleibt weg“ an alle Ortsgruppen der Gegend verschickt hatte. Es war ein Akt der Auflehnung.

Ein anderer Genosse machte bei einer Chicagoer Ortsgruppensitzung vor der Mobilisierung einen nützlichen Punkt: Für eine ganze Schicht in der Gewerkschaftsbewegung, wie diese mittlere Schicht von Gewerkschaftsfunktionären, haben wir eine Lehre erteilt, wie man die Macht der Arbeiterbewegung mobilisiert. Auch wenn sie dies gewollt hatten, hatten sie es noch nie zuvor gemacht, denn sie waren in einer längeren Periode, in der es fast keinen Klassenkampf gab, zu ihrer Funktion gekommen. Was sie gut konnten, war Faxe rauszuschicken und Streiks in die Sackgasse zu führen. Der Anteil von Gewerkschaftern an dieser Mobilisierung bestand zum größten Teil aus Schwarzen; und viele dieser Gewerkschafter waren motiviert durch ihre früheren Erfahrungen in der Bürgerrechtsbewegung, häufig im Süden.

Diese Mobilisierung hatte eine tiefere Wirkung auf die schwarze Bevölkerung als alles, was wir jemals bisher gemacht haben; dies spiegelt auch das veränderte politische Klima wider, worüber wir seit letztem Jahr sprechen. In Amerika hat der Zusammenbruch der UdSSR seine größten Auswirkungen auf die am meisten verwundbaren Schichten in der Gesellschaft, was bedeutet, daß es Schwarze wirklich hart trifft, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch mit Clintons „Krieg gegen das Verbrechen“ und dem

„Ende der Sozialleistungen, wie wir sie kennen“, und all dem. Selbst die schwarzen demokratischen Politiker in Chicago, die in dem zu 40 Prozent schwarzen Chicago ein wichtiger Bestandteil des alten Systems der Vetternwirtschaft unter dem ehemaligen Bürgermeister Richard Daley waren – Harold Washington zum Beispiel war ein Produkt davon – stellen fest, daß sie in dieser neuen Demokratischen Partei keinerlei Bedeutung mehr haben, sie sind weg vom Fenster.

Die Rolle, die bei dieser Mobilisierung schwarze Demokraten gespielt haben, vor allem Danny Davis, aber auch die anderen schwarzen Politiker sowohl in Chicago als auch im Parlament des Bundesstaates, war wirklich ungewöhnlich. Davis kam selber zur ersten Pressekonferenz – die übrigens nicht feindselig war. In Chicago war die Presse nicht feindselig; in Springfield wurde alles aus dem Büro des Innenministers von Illinois angeleitet. Bei jener Pressekonferenz, wo die Stimmung ein wenig feindselig wurde, trat er einfach vor und sagte: „Wenn der Klan nicht am Sonntag in Springfield gestoppt wird, dann wird er am Montag in Chicago sein. Und ich unterstütze vollständig die Bemühungen des Partisan Defense Committee.“ Das hatte eine Menge Autorität. Er und andere gaben nicht klein bei, als aus Springfield die Hetze gegen Kommunisten und gegen Gewalt kam und die Kampagne „Bleibt weg“. Ihre Unterstützung nahm eher noch zu, und Davis führte eine Autokolonne aus Chicago an.

Historisch gesehen sind wir eine winzige Avantgarde-Formation, aber dennoch hatten wir solch einen großen Einfluß. Stellt euch vor, was stärkere Kräfte tun könnten. Diese Demokraten, die kämpfen wollen, haben einen sehr großen Widerspruch: Die Schwarzen brauchen eine Partei, die für ihre Interessen kämpft. Es ist im Augenblick mehr als klar, daß dies nicht innerhalb der Demokratischen Partei geschehen kann. Wenn eine Arbeiterpartei mit etwas sozialem Gewicht existieren würde, würden manche ernsthafteren dieser schwarzen Demokraten höchstwahrscheinlich zu einer solchen Partei wechseln. Und tatsächlich ist bei dieser Aktion, diesem Mikrokosmos von jener Gleichung, genau dies eingetreten. In dieser Periode von ein bis zwei Wochen machten sie gemeinsame Sache mit dieser kleinen Avantgarde-Formation.

In Wirklichkeit drehte sich die ganze Chicago-Operation um unsere geringe industrielle Präsenz. Stellt euch vor, wieviel größer unser Einfluß auf das ganze Gebiet wäre, wenn wir Gruppen von Unterstützern hätten, die in einer Reihe von anderen Industriegewerkschaften eine ähnliche Rolle spielen würden. Als zum Beispiel die Vorsitzenden der UAW [Vereinigte Automobilarbeiter-Gewerkschaft] in ihren Anstrengungen nachließen, hatten wir nicht die Kapazität, ihre Arbeit zu übernehmen. Wenn wir Gruppen von Unterstützern hätten, wären wir mittendrin gewesen und wären in der Lage gewesen, ein Ad-hoc-Komitee zu gründen oder die Sache einfach als Unabhängige, die in der Gewerkschaft arbeiten, voranzutreiben. Wenn wir rekrutieren, können wir dies in die Realität umsetzen.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 593, 4. Februar

Video: „The Klan Won't Ride in Philly“

Über die erfolgreiche Arbeiter/Schwarzenmobilisierung in den USA, die 1988 den Ku Klux Klan in Philadelphia stoppte

Donnerstag, 31. März, 18.30 Uhr
Linkstreif, Weddingstraße 6, 1. Stock
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

Bosnien...

Fortsetzung von Seite 1

Die „Neue Weltordnung“ wird immer schneller sehr unordentlich. Moskaus Entsendung von Truppen in die Umgebung von Sarajevo Ende Februar durchkreuzte US-Präsident Clintons Pläne, serbische Stellungen in den umliegenden Bergen zu bombardieren und dann zu „verhandeln“. Entgegen den Behauptungen aus Bonn und Washington waren die Flugzeugabschüsse zweifellos eine „Vergeltung“ für Rußlands Intervention in Bosnien. Inzwischen versuchen die Imperialisten ein Abkommen zusammenzuschustern, mit dem die Balkankriege noch blutiger als bisher gemacht werden. Der jüngste Vorschlag ist ein „vereinigter“ kroatisch-moslemischer Staat in Bosnien, angeschlossen an ein von Deutschland dominiertes „Großkroatien“. Das US-Außenministerium stellt sich



Der Spiegel

Russische Truppen werden von bosnischen Serben mit dem christlich-orthodoxen Gruß mit drei erhobenen Fingern empfangen

zwar als der Pate dieses Plans hin, doch ausgearbeitet wurde er bei einem Bonner Treffen, das von Außenminister Kinkel und dem russischen Außenminister Kosyrew arrangiert wurde.

Der Spiegel (28. Februar) stellt die Frage, ob das wiedervereinigte Deutschland auf den Balkan als ein „Patron für den Frieden“ zurückkehren wird. Er erklärt, „in den Bonner Schubladen liegen fertige Konzepte“ für eine „Wirtschaftsunion“ von Kroaten und bosnischen Moslems ... wozu auch die massive Entsendung von Bundeswehrsanzitätoren und Bautrupps, Technikern und Verwaltungsberatern und sogar von deutscher Polizei gehört. Das Vierte Reich des deutschen Imperialismus will durch wirtschaftliche und politische Mittel das Erreichen, was Hitlers Drittes Reich nicht geschafft hat: ein Protektorat über die Südslawen als Teil seines neokolonialen Vordringens in Osteuropa. „Geht es nach Kanzler Kohl und Rußlands Präsident Jelzin, soll ein Gipfel den Frieden besiegeln – und zugleich Deutschlands neue Rolle in der Außenpolitik“, erklärt der Artikel. *Der Spiegel* fragt unverblümt: „Eine neue Achse?“

Noch vor einem Jahr haben SPD und FDP im Bundestag einen großen Wirbel über die AWACS-Einsätze veran-

staltet, weil sie wollten, daß das Verfassungsgericht zuerst den weltweiten Einsatz der Bundeswehr des wiedervereinigten Deutschland festschreibt. Doch sobald scharf geschossen wurde, zeigte sich die SPD erwartungsgemäß im festen Schulterschluß mit den Herrschern des Vierten Reichs. Die PDS protestierte zwar gegen den NATO-Angriff mit deutscher Beteiligung, forderte aber gleichzeitig die Imperialisten auf, „Frieden auf dem Verhandlungsweg“ durchzusetzen und ein „alle Seiten betreffendes und verbindliches Waffenembargo“ durchzusetzen!

Wie ein solcher von den Imperialisten diktiert „Frieden“ aussehen könnte, zeigte das letzte Abkommen mit Bosnien und Kroatien. Es läuft auf eine von Deutschland beschützte Großkroatische Föderation hinaus, in der es große serbische Enklaven gibt, die nicht freiwillig die Eingliederung in einen von Kroaten dominierten Staat hinnehmen werden. Das kroatische Regime würde dann militärisch und ökonomisch vom westlichen Imperialismus gestärkt werden, zuerst gegen die serbischen Minderheiten. Dieser Plan ist eine unglaubliche Provokation, die die Grundlage für Massaker und massenhafte Zwangsumsiedlungen legen würde. Gerade die Aussicht auf die Zwangseingliederung der Serben in Kroatien heizte den konterrevolutionären Zerfall Jugoslawiens an, angefangen Mitte 1991, und führte dazu, daß die serbischen Minderheiten sowohl in Kroatien als auch in Bosnien Enklaven herausbildeten. Auch der jetzige Plan würde niemals friedlich akzeptiert werden. Die gewaltsame Durchsetzung eines solchen Plans durch USA/UNO würde einen imperialistischen Angriff erfordern und damit die Grundlage für jahrelange blutige Kämpfe um Gebietsanschlüsse legen.

Mitte Februar dachte Clinton, er hätte alles unter Kontrolle. Die USA und ihre NATO-„Bündnispartner“ sollten von der UNO genehmigte Luftangriffe starten, um dem widerspenstigen serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic eine blutige Lektion über Gehorsam zu erteilen. Dann würden sie die moslemisch geführten bosni-

schen Streitkräfte bearbeiten, einen früheren Plan zu akzeptieren, der monatelang vorlag und vorsieht, Bosnien in drei eigenständige Gebiete (moslemisch, kroatisch und serbisch) zu teilen. Clinton wischte den „War Powers Act“ (das Kriegsermächtigungsgesetz) hinweg, den Kongreß formal von seiner Bereitschaft zum Angriffsbefehl in Kenntnis setzen zu müssen, und in einer Rede nach der anderen schwor er gleichzeitig, den Serben „einen hohen Preis abzuverlangen“. „Die Blutgier ist groß in Washington“, kommentierte ein NATO-Diplomat.

Doch dann unternahm Jelzin seinen dramatischen Schritt, russische Interessen zu verteidigen. Die Opposition gegen eine direkte westliche Militärintervention in Rußlands Einflußsphäre auf dem Balkan hat alle Flügel seiner zerstrittenen kapitalistischen herrschenden Kreise vereint, vom ultranationalistischen Faschisten Shirinowski bis zum Speichellecker der westlichen Banker, Jegor Gaidar. Jelzins Berater Witali Tschurkin warnte davor, daß Bombardierungen durch die NATO „totalen Krieg“ bedeuten. Selbst als Jelzin sich widerwillig Washingtons Diktat fügte, merkte er noch an: „Manche Leute versuchen, die bosnische Frage ohne die Beteiligung Rußlands zu lösen.“

Grotesk und ungeheuerlich: Bourgeoisie von Auschwitz klagt Serben wegen Völkermord an

Pünktlich zum NATO-Ultimatum gegen Serbien machte die Nachricht Schlagzeilen: Ein deutsches Gericht hat gegen einen Serben Anklage wegen Beihilfe zum Völkermord erhoben. Was für ein Hohn! Zum ersten Mal gab es eine solche Anklage. Dies ist eine gefährliche Bedrohung für Hunderttausende jugoslawische Einwanderer, die glaubten, in Deutschland auf dem Weg zur Integration zu sein. Gleichzeitig sollen Zehntausende Kriegsflüchtlinge zurück in den Bürgerkrieg abgeschoben werden, der von der deutschen Balkanpolitik entzündet wurde.

Jetzt giert das wiedervereinigte Deutschland wieder nach dem Balkan, wo es in zwei Weltkriegen blutigen Terror verbreitet und Hitlers SS-Einsatzgruppen Hunderttausende Juden, Serben und Roma ermordet haben. Auf der ganzen Welt ist seither das Wort Völkermord ein Synonym für die Nazi-Herrschaft. Die herrschende Klasse des gestärkten wiedervereinigten Deutschland will nicht nur ihre „neue Weltrolle“ durch AWACS-Einsätze der Bundeswehr auf dem Balkan aufpolieren, sondern ihre eigene bluttriefende Geschichte im Dritten Reich weißwaschen. Dazu dient die antikommunistische Hexenjagd genauso wie die Kampagne über serbische KZs (während die genauso brutalen kroatischen Lager oder „ethnischen Säuberungen“ durch die bosnische Armee ignoriert werden) und die Völkermord-Anklage gegen Serben.

Von Ex-Bundespräsident und KZ-Baumeister Lübke bis zu Nazi-General Gehlens Bundesnachrichtendienst und den Nazi-Blutrichtern, die auch nach 1945 „Recht“ sprachen, hat der Rechtsnachfolger des Dritten Reichs die Garde seines braunen Vorgängers mehr oder weniger intakt übernommen. Hitlers Chef-Arisierer und Nazi-Kriegsverbrecher Hermann Josef Abs war im Dritten Reich Aufsichtsrat von IG Farben und hat das Vermögen der Deutschen Bank aus dem Leben von KZ-Zwangsarbeitern ausgepreßt. Als dieser bis zuletzt mächtigste Großbankier der Deutschen Bank im März

friedlich in seinem Bett starb, nahm die Lobhudelei von CDU, FDP und SPD kein Ende. Und jetzt gibt es Dokumente, die die Völkermord-Verbrechen des österreichischen Ex-Präsidenten Waldheim gegen Serben, Juden und Partisanen Punkt für Punkt auflisten.

All dies ist bekannt. Neueren Datums ist, daß angebliche „Linke“, Feministinnen und Grüne heute die Speerspitze der Kriegshetzer bilden. In der *taz* (15. Februar) hetzt der Ex-Vorsitzende der maoistischen Ex-KPD Christian Semler gegen „gußeiserne Linke, die den Staatsanwälten Heuchelei vorwerfen“, und fordert: „Abschrecken kann nur die konkrete Strafverfolgung.“ Das Vierte Reich hat 1991 die Anerkennung von Kroatien und Slowenien durchgedrückt und das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens herbeigeführt. Dadurch haben Kohl/Genscher das nationalistische Blutvergießen und die furchtbaren Greuelthaten *auf allen Seiten* angeheizt, unter lautstarken Anfeuerungsrufen der SPD-Spitzen. Im Schlepptau der SPD reicht jetzt die nationalistische Front von den prominenten Vertretern der „Friedens“-bewegung wie Cohn-Bendit, die die Losung „Deutsche an die Front“ ausgeben, bis zu Nazi-Söldnern, die auf der Seite des kroatischen Führers und Liebhabers der faschistischen Ustascha, Tudjman, kämpfen (siehe dazu auch: „Feministen des Vierten Reichs für Blitzkrieg auf dem Balkan“, *Spartakist* Nr. 103, Mai 1993).

Doch Hitler-Deutschland wurde von der Roten Armee und von Titos Partisanen besiegt. Um die Erinnerung daran zu zerstören und die Bevölkerung im eigenen Land ideologisch auf großdeutschen Nationalismus einzuschwören, veranstalten die Christ-, Frei- und Sozialdemokraten mitsamt „linkem“ Anhang ihre schmutzige „Völkermord“-Kampagne. Nieder mit der blutigen „Neuen Weltordnung“ der Imperialisten, die auf der Zerstörung der Sowjetunion beruht! Verteidigt Serbien gegen NATO und Viertes Reich!

So verkündete Tschurkin auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem bosnischen Serbenführer Radovan Karadzic wenige Tage vor dem 21. Februar – dem von der NATO für Luftangriffe festgesetzten Termin, falls die serbischen Streitkräfte nicht ihre Artillerie aus der Umgebung der bosnischen Hauptstadt abzögen –, daß Rußland zur Überwachung eines serbischen Rückzugs 400 Mann starke „friedenserhaltende“ Truppen entsenden werde. Jetzt wäre jede westliche Militäraktion gegen die Serben auch ein Angriff auf russische Streitkräfte. Als russische Soldaten letzte Woche durch Vororte von Sarajevo fuhren, die von Serben gehalten wurden, wurden sie begeistert begrüßt von Menschenmengen, die das christlich-orthodoxe Zeichen mit drei Fingern machten; sie boten Pflaumenschnaps an, während serbische Demonstranten riefen: „Hurra Mutter Rußland! Hurra Jelzin! Hurra Shirinowski!“

Ein verärgertes Weißes Haus murmelte ein paar Worte der „Dankbarkeit“, daß das russische Abkommen die Notwendigkeit von Luftangriffen abgewendet habe, und beschwerte sich gleich darauf, daß man darüber zuerst CNN gehört habe. In einem Kommentar bemerkte das *Wall Street Journal* (22. Februar) unverblümt, daß das Zusammenspiel zwischen Rußland und dem Westen über Bosnien

„eher nach Konfrontation aussah“ als nach „Kooperation“. Inzwischen jubelte Jelzins Pressesekretär Kostikow, daß Rußland „eine wichtige Schlacht für seine Weltgeltung gewonnen“ habe. Außenminister Kosyrew erklärte: „In Zukunft wird unsere Außenpolitik weiterhin Rußlands lebenswichtige Interessen verteidigen, selbst in den Fällen, wo dies zu den Interessen des Westens im Gegensatz steht.“ Um alle Zweideutigkeiten auszuschließen, fügte er hinzu: „Rußland wird nicht auf die Lektionen und Belehrungen des Westens hören“ (*Economist*, 26. Februar). Das anschließende Treffen bei Bonn brachte nur die Differenzen zwischen Rußland und der NATO und unter den westlichen Imperialisten zum Vorschein.

Wie wir in *Workers Vanguard* Nr. 594 (18. Februar) bemerkten: „Trotz der gegenwärtigen imperialistischen Einigkeit nach außen hin ist das vom Krieg zerrissene Ex-Jugoslawien ein Hexenkessel von imperialistischen Intrigen und Konflikten.“ Liberale und Reformisten begrüßten die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges als die Eröffnung einer neuen Aussicht auf den Weltfrieden. In Wirklichkeit hat das Ableben des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaats als ein

Fortgesetzt auf Seite 18

Bosnien...

Fortsetzung von Seite 17

militärisches Gegengewicht zum US-Imperialismus die Welt zu einem weitaus gefährlicheren Ort gemacht, es hat die Gefahr von Handelskriegen und bewaffneten Konflikten zwischen den imperialistischen Großmächten und ihren regionalen Verbündeten sehr verschärft. Das Aufeinanderprallen der widersprüchlichen nationalistischen und imperialistischen Interessen auf dem Balkan ist ein erstes Beispiel.

Während Clintons Weißes Haus sich als „Friedenserhalter“ hinstellen will, findet der jugoslawische Journalist Misha Glenny „viele Beweise zur Untermauerung“ der Ansicht „eines der hochrangigsten Offiziere der bosnischen Armee“, der sagt: „Wir haben keine Illusionen über die amerikanischen Absichten in dieser Region. Die USA möchten eine militärische Präsenz auf dem Balkan errichten.“ Mitte Februar beschlossen die USA die Anerkennung der früheren jugoslawischen Republik Makedonien, wo sie unter der Schirmherrschaft der UNO bereits 300 amerikanische Soldaten haben. Griechenland, das sich in einem nationalistischen Aufruhr über Makedoniens Unabhängigkeit befindet, errichtete effektiv ein Embargo gegen den Binnenstaat und schnitt ihn von seinem Zugang zum Hafen von Saloniki ab, über den ein Großteil seiner Importe und zwei Drittel seiner Ölversorgung läuft.

Zur gleichen Zeit machte der russische Außenminister Kosyrew zu Diskussionen Zwischenstation in Griechenland (wo er sich mit Kinkel traf), bevor er sich auf die Reise nach Prag, Budapest und Warschau machte, wo er die ehemaligen osteuropäischen Klientenstaaten ermahnte, sich Rußlands Intervention in Bosnien zu fügen. Der Premierminister John Major von Britannien, das traditionell ein imperialistischer Schirmherr des vor-titoistischen Jugoslawiens war, verkündete, er habe von Jelzins Plan zu intervenieren gewußt und ihn tatsächlich ermutigt, diese vertrauliche Mitteilung aber seinen NATO-„Bündnispartnern“ verschwiegen. Und der Präsident François Mitterrand von Frankreich, das ebenfalls historisch ein Schirmherr von Serbien ist, schlug vor, Sarajevo unter die Verwaltung der Vereinten Nationen zu stellen, um die Serben als Teil einer Regelung einzubeziehen. Die Clinton-Regierung war darüber „nicht gerade begeistert“.

Um seinen Anspruch, der Weltpolizist zu sein, durch-

zusetzen, will Washington Gastgeber sein bei den Treffen zwischen den kriegführenden Parteien des ehemaligen Jugoslawiens und auch zwischen den zionistischen Schlächtern Israels und ihren palästinensischen Opfern. Aber Träume von einer Pax Americana werden immer mehr zu Alpträumen von immer weiter ausufernden Kriegen. Clintons Unterstützung für eine Mußehe zwischen bosnischen Kroaten und Moslems unter dem Dach des faschistoiden Tudjman-Regimes in Zagreb ist eine Provokation für Serbien und eine Hilfe für Deutschland, das den blutigen Zerfall Jugoslawiens dadurch einleitete, daß es vor drei Jahren auf die „Unabhängigkeit“ seiner kroatischen und slowenischen Klientenstaaten drängte.

Die Serben erinnern sich gut an die Greuelthaten, die im Zweiten Weltkrieg von kroatischen und moslemisch-bosnischen Nationalisten, die unter dem Hakenkreuz des Dritten Reichs kämpften, verübt wurden. Selbst die *New York Times* (22. Februar) gab zu, daß „es anscheinend wenig Grund für die Serben gibt, eine solche Abmachung zu akzeptieren“. Tatsächlich gibt es allen Grund, dies als eine Einladung zu sehen, eine weitere Runde von brudermörderischem Blutvergießen anzuheizen.

Heute ist das „heldenhafte Sarajevo“ zu einem Schlachtruf derjenigen geworden, die eine „humanitäre“ imperialistische Intervention zugunsten des moslemisch-bosnischen Regimes wollen, das überall dort, wo es die militärischen Mittel dazu hatte, genauso hart „ethnische Säuberungen“ durchführte wie ihre kroatischen und serbischen Gegner. Aber unter Titos deformiertem Arbeiterstaat war das multiethnische Sarajevo ein Symbol für die Möglichkeit harmonischer Beziehungen zwischen den Südslawen. Unter dem Kapitalismus kann Jugoslawien nur ein Hexenkessel nationalistischer Blutfelden sein, so wie zwischen den Weltkriegen. Notwendig ist eine Arbeiterrevolution in der ganzen Region, die eine echte sozialistische Föderation des Balkans schafft.

Der Balkan diente schon einmal als Austragungsort für ein interimperialistisches Gemetzel, als die Balkankriege von 1912/13 den Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 vorbereiteten. Heute sind die Stolperdrähte gelegt für einen imperialistischen Weltkrieg, nur diesmal werden alle Seiten mit Atomwaffen bewaffnet sein. Wir sagen: Nieder mit der UN-Hungerblockade! Verteidigt Serbien gegen imperialistische Angriffe! USA/NATO raus aus dem Balkan, jetzt!

Nach Workers Vanguard Nr. 595, 4. März

Die Internationale Kommunistische Liga macht die Polemiken ihrer Opponenten in der Linken zugänglich:

Gruppe Spartakus, „Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verkleidung“

Mit Antwort: „Antispartakisten im Sog der Sozialdemokratie“ (*Spartakist* Nr. 87, Juni 1991)

DM 5,-

Bestellungen über:
Postfach 555
10127 Berlin

Den Trotzismus hassen,
die Spartakisten hassen

Was Opponenten über die Spartakisten schreiben

Gruppe Spartakus:
„Die SpAD in der DDR: Opportunismus in revolutionärer Verkleidung. Zur Geschichte der internationalen Kommunistischen Liga“ (*Trotzkistische Bulletin* Nr. 1, Mai 1991)

Antwort der Spartakisten:
„Jetzt im Klartext – BT zur Verteidigung der UdSSR: „Nein, Danke! Antispartakisten im Sog der Sozialdemokratie“ (*Spartakist* Nr. 87, Juni 1991)

Spartakist-Verlag/Arbeiterpartei Deutschlands
c/o Verlag Aramgilde, Postfach 555, 10127 Berlin

DM 5,-

Spartakist-Diskussionskreise

Berlin

Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

Donnerstag, 31. März, 18.30 Uhr

**Wir stoppten den Ku Klux Klan
(mit Videovorführung)**

Donnerstag, 14. April, 18.30 Uhr

Die verratene bolschewistische Revolution

Halle

Galerie Café Steg, Stegpassage 2, 06110 Halle

Dienstag, 5. April, 19.00 Uhr

Die Partei als Volkstribun

Dienstag, 19. April, 19.00 Uhr

**Die Oktoberrevolution 1917 –
Wie wurde der Sieg errungen?**

Hebron...

Fortsetzung von Seite 1

junger Palästinenser, freiwilliger Helfer im Krankenhaus, bemerkte erbittert: „Dies ist der Frieden der Israelis.“

Beim Versuch, das antipalästinensische Abkommen mit der PLO zu retten, bestand ein Sprecher des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin darauf: „Es war ein Einzeltäter – gar keine Frage.“ Aber selbst die hebräischsprachige Presse in Israel gibt zu, daß die israelische Armee Komplize bei dem Gemetzel war. Goldstein durfte sogar ohne die normale, herrische Durchsuchung nach Waffen die Moschee während des Gottesdienstes auf dem Höhepunkt des moslemischen heiligen Monats Ramadan betreten. Reporter wurden nicht in die Moschee gelassen, bis sie mit Feuerwehrspritzen von Beweisen gesäubert worden war. Die *New York Times* (25. Februar) ließ in einem ersten Bericht versehentlich die Wahrheit ans Licht und zitierte einen israelischen Soldaten vor der Moschee, der Journalisten sagte: „Geht weg. Wir haben 30 Araber getötet.“

Ein Überlebender erinnerte sich: „Da waren andere... Sie waren alle in Soldatenuniform. Wir wußten nicht, ob es Siedler oder die Armee waren. Was ist der Unterschied?“ Für die belagerten palästinensischen Massen, denen in den sechs Jahren seit Beginn der Intifada etwa 1400 ihrer Jugendlichen getötet wurden, gibt es keinen Unterschied zwischen den Kugeln der Soldaten und der fanatischen Siedler.

Die israelische Regierung verhängte sofort eine Ausgangssperre über Hebron und auch über Goldsteins Siedlung Qiryat Arba, die wie eine schwerbewaffnete Festung von einem Hügel aus die Stadt überblickt. Aber während Soldaten palästinensische Anwohner terrorisieren, stolzierten Banden von plündernden Siedlern weiterhin ungestört durch die Straßen von Hebron, fingern an ihren Galils und Uzis herum und feiern offen das Massaker.

Inzwischen ist es auch in arabischen Vierteln und Dörfern innerhalb von Israel selbst zu militanten Demonstrationen gekommen – von Jaffa bis Nazareth –, sogar unter den Beduinen, die allgemein dazu tendierten, das zionistische Regime zu akzeptieren. Nachdem die Israelis einen jugendlichen Beduinen erschossen, angeblich der erste, der jemals bei „politischer Gewalttätigkeit“ getötet wurde, erklärte bei seiner Beerdigung ein Trauergast: „Das sagte mir, daß ich ein Palästinenser bin, daß ich kein Israeli bin oder auch nur irgend jemand, den die Israelis der Welt als einen guten Araber vorführen könnten.“

Clinton, der die Araber aufforderte, nicht „überzureagieren“, lud Israel und die PLO ein, in Washington die „Friedensgespräche“ wiederaufzunehmen. PLO-Führer Jassir Arafat rief Israel auf, die Siedler zu entwaffnen, und appellierte an die USA, den Palästinensern in den besetzten Gebieten „internationalen Schutz“ zu geben. Seine Forderungen wurden sofort von den Israelis zurückgewiesen, obwohl Rabin schließlich symbolischen „internationalen Beobachtern“ zustimmte.

Während einer Orgie von Terror durch Armee und Siedler in den besetzten Gebieten im Dezember schrieben wir, daß die „bitteren Früchte“ von der Kapitulation der PLO vor Israel „mit dem Blut der palästinensischen Bevölkerung geerntet werden“. Heute ist Arafat bei den palästinensischen Massen fast so verhaßt wie Rabin. Bei einer palästinensischen Demonstration nach der anderen ist seit

dem Massaker von Hebron immer wieder der Ruf zu hören: „Tod für Arafat!“ PLO-Sprecher Faisal Hussein wurde mit Steinen beworfen und vertrieben, als er vor wütenden Demonstranten vor der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem reden wollte, dem Schauplatz eines blutigen Massakers, das 1990 von israelischen Soldaten angerichtet wurde.

Rabin will immer noch ein Abkommen mit der PLO, aber zu Israels Bedingungen: weitere Unterjochung der



Der Spiegel

Verwundetes palästinensisches Kind, eines von fast 200 Verletzten und 60 Ermordeten durch das mörderische Wüten eines ultranationalistischen israelischen Siedlers in einer Moschee von Hebron

palästinensischen Massen – die von israelischen Truppen und einer PLO-Hilfstruppe überwacht werden. Als sich die Verhandlungen über einen Teilabzug der israelischen Truppen aus Gaza und Jericho seit der Vertragsunterzeichnung im September hinschleppten, freute sich Rabin hämisch: „Laßt sie ein bißchen schwitzen.“ Aber während Arafat schwitzt, sterben seine Landsleute weiter. Jetzt wird der PLO-Führer nichts mehr zu bieten haben. Wir sagen: Weg mit dem schändlichen Israel-PLO-Abkommen für ein palästinensisches Ghetto! *Alle* israelischen Soldaten und Siedler raus aus *allen* besetzten Gebieten, jetzt!

Siedler: Speerspitze der zionistischen Reaktion

Berichten zufolge gibt es selbst in der fast durchgängig zionistischen Gesellschaft Israels weitverbreitetes Entsetzen über dieses willkürliche, völkermörderische Blutbad. Ein älterer Israeli verglich es mit den Pogromen, die im zaristischen Rußland gegen Juden durchgeführt wurden.

Der Massenmörder Goldstein war keine Anomalie im aufgeladenen nationalistischen Klima des zionistischen Kasernenstaats. Goldstein war ein langjähriges Mitglied der faschistischen Kach-Partei des verstorbenen Rabbis Meir Kahane, und er leitete Kahanes Wahlkampagne für das israelische Parlament. Wie sein erschossener Führer wurde dieser in Brooklyn geborene Jude von einem tiefen rassistischen Haß auf Schwarze und Araber zur Emigration nach Israel getrieben. Kurz nachdem Kahane in Brooklyn seine Jewish Defense League [Jüdischer Verteidigungsbund] als eine gegen Schwarze gerichtete Bürgerwehrbande gründete, stellte wir fest, daß es in den USA keinen Platz für eine jüdische faschistische Bewegung gibt. Kahane und seine Anhänger errichteten statt dessen eine Pipeline nach Israel, wo sie zu den Sturmtruppen der „Siedler“-Bewegung wurden.

Und Hebron ist deren mörderische Zentrale, das Hauptquartier nicht nur für Kach und deren Abspaltung „Kahane Chai“ („Kahane lebt“), sondern auch für die

Fortgesetzt auf Seite 20

Hebron...

Fortsetzung von Seite 19

ultrazionistische Gush Emunim von Rabbi Moshe Levinger, die Speerspitze der Siedler-Bewegung. Einige Monate nach dem Krieg von 1967 wurde Hebron der Ort der ersten zionistischen Siedlung auf der besetzten West Bank, als Levinger und seinen Anhängern durch die Armee und den damaligen Ministerpräsidenten Rabin erlaubt wurde, in das Hauptquartier der Militärregierung einzuziehen. Besonders seit der Unterzeichnung des Abkommens im letzten Sep-



Reuter

Arafats PLO-Polizisten trainieren, um Israels Hilfsbullen gegen Intifada zu sein

tember haben Schläger der Siedler wiederholt in den Straßen von Hebron gewütet, auf arabische Häuser gefeuert und Steine geworfen und wahllos auf Menschen geschossen.

Rabin und seine „Labor“ Party der zionistischen Hauptströmung werden heute vom rechten Flügel für Verräter gehalten, weil sie überhaupt mit der PLO reden. Rabin hat in den letzten Monaten gelegentlich gegen die Siedler gewettert, während seine „linken“ Koalitionspartner von der Meretz sogar deren Entwaffnung fordern. Aber Rabin ist keine „Tauben“ – er ist der Erfinder der Politik der „Eisernen Faust“ von „Kraft, Macht und Schlägen“, um die palästinensische Intifada-Erhebung zu unterdrücken, die im Dezember 1987 begann.

Alle Flügel der israelischen herrschenden Klasse wollen die Siedlungen in den besetzten Gebieten. Es war die Labor Party, die die Siedlungen einführte: Von den etwa 140 existierenden Siedlungen wurden 90 in den zehn Jahren der Labor-Regierungen nach der Besetzung von 1967 gegründet. Enteignungen von arabischem Boden haben seit der Unterzeichnung des „Friedens“-Abkommens *sprunghaft zugenommen*. Die von der Regierung finanzierte Bautätigkeit in den Siedlungen um „Großjerusalem“, das 30 Prozent der Gesamtfläche der West Bank umfaßt, geht schnell weiter.

Tatsächlich haben die arabischen Bewohner der West Bank durch Siedlungen, Verkehrsverbindungen, „Naturschutzgebiete“ usw. keinen Zugang zu *ganzen 70 Prozent* dieses Landes. Wie seine Vorgänger hat Rabin auf dem

Grund und Boden eifrig „Tatsachen geschaffen“, so daß bis zu einem eventuellen israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten die arabischen Bereiche auf kleine, isolierte Scheibchen von „Kantonen“, d. h. Ghettos, reduziert sein werden.

In typischer Schönfärberei behauptete die *New York Times* (27. Februar), daß „die meisten der 130 000 Siedler auf der West Bank keine Ideologen sind; sie sind Pendler“. Das mag auf eine gewisse Zahl von Yuppies zutreffen, die durch Mietsubventionen der Regierung in Hochhauswohnungen der „Schlafstädte“ Jerusalems gezogen sind, aber der Kern der Siedlerbewegung – ein Viertel von ihr, selbst nach Schätzungen der Geheimpolizei Shin Beth – sind extreme, rassistische Nationalisten, *die als eine bewaffnete Hilfstruppe der Besatzungsarmee dienen*.

Das Zusammenspiel zwischen den Siedlern – viele von ihnen sind aktive Soldaten vom Dienst – und der Armee auf höchster Ebene ist weitverbreitet und allgemein bekannt. Letzten Herbst sahen israelische Fernsehzuschauer, wie Siedler drei arabische Einwohner von Hebron niederschossen, während Soldaten zusahen. General Bar Kochba, der kürzlich starb, ließ regelmäßig Informationen aus dem Generalstab an die Siedler „durchsickern“. Nach der Unterzeichnung des Abkommens warnten hohe Armeekommandeure Rabin, daß er es nicht „als selbstverständlich betrachten“ könnte, daß Befehle über den Rückzug ausgeführt werden.

Die faschistische Mentalität von Gruppierungen wie Kach zeigt sich in ihrem gewalttätigen Haß nicht nur auf Araber, sondern auch auf Juden, die für „Araber-Liebhaber“ gehalten werden. Vor kurzem legten rechte Zionisten Bomben vor das New Yorker Büro von Peace Now. Und in einem Brief an die *New York Times* von 1981 forderte Goldstein, als er noch in den USA war, die Zwangsvertreibung aller Araber vom israelisch besetzten Territorium und wiederholte gleichzeitig das Patentrezept der rechten Zionisten, daß „die Israelis bald wählen müssen zwischen einem jüdischen und einem demokratischen Staat“.

Aber die fanatisch rassistischen Siedler und faschistischen Gruppierungen wie Kach sind nur der extreme Flügel des zionistischen Nationalismus. Ein Rabbi in Jerusalem hielt eine Lobrede auf Goldstein und tobte: „Eine Million Araber sind keinen jüdischen Fingernagel wert.“ Dies war die logische Weiterführung der allgemeinen zionistischen Ansicht, daß Araber bestenfalls Bürger zweiter Klasse seien, wenn nicht „Tiere“ oder Schlimmeres. Das israelische Parlament verschärfte vor kurzem die Strafe für Tierquälerei auf drei Jahre Gefängnis; als allerdings der Gush-Emunim-Führer Levinger überführt wurde, 1986 einen arabischen Ladenbesitzer ermordet zu haben – einer der wenigen Fälle, wo anti-arabischer Terrorismus jemals vor Gericht kam –, wurde er zu *sechs Monaten* Gefängnis verurteilt.

Mit ihrer Losung „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ sahen die zionistischen Gründungsväter von Anfang an die Araber in Palästina als „Nicht-Volk“. Die *New York Times* (27. Februar) predigte in grotesker Weise über „eine Symmetrie der Gewalt“ zwischen jüdischen und arabischen „Extremisten“. In der Vortagsausgabe wurde in einer Box unter der Überschrift „Jahrzehnte der Gewalt“ das Massaker von Deir Yassin als die einzige zionistische Greueltat aufgelistet, gefolgt von einer langen Reihe palästinensischer Terrorangriffe. Aber Deir Yassin war nur eines von *Dutzenden* zionistischer Blutbäder, die mit Absicht darauf aus waren, die Araber von ihrem Land zu vertreiben. Dies war es, was David Ben-Gurion „das Aufräumen der arabischen Siedlungen“ nannte.

Völkermord steckte schon immer in der Logik des Nationalismus. „Der einzige gute ... ist ein toter ...“ ist überall die Parole des extremen Nationalismus, vom Gemetzel

an amerikanischen Ureinwohnern über Hitlers Holocaust bis zu den Siedlern der Westbank. In einem 1991 erschienenen Buch über Jugoslawien, wo nationalistisches Blutvergießen tobt, zitiert Aleksa Djilas die Verurteilung der nationalistischen „Gefühle, die Menschen rücksichtslos oder zumindest gleichgültig gegenüber den Rechten und Interessen irgendeines Teils der menschlichen Spezies machen, mit Ausnahme desjenigen, der auf den gleichen Namen hört und die gleiche Sprache spricht wie sie selbst“, durch John Stuart. Djilas wies darauf hin, daß im Osmanischen Reich Moslems völlige Gleichheit besaßen, während Christen Untertanen zweiter Klasse waren, denen es „zum Beispiel verboten war, Pferde zu reiten, Waffen zu tragen oder bestimmte Arten von Kleidung zu tragen“ (*The Contested Country: Yugoslav Unity and Communist Revolution, 1919–53* [Das umkämpfte Land: Jugoslawische Einheit und kommunistische Revolution, 1919–53], 1991).

Obwohl in Israel jüdische Siedler bis an die Zähne bewaffnet sind, wird jeder Palästinenser, der mit einer Waffe gesehen wird, ohne Warnung niedergeschossen. Inzwischen wollen heute die Herrschenden in den USA jeden zum Bürger zweiter Klasse machen, indem sie ihm das Recht, Waffen zu tragen, wegnehmen. Und während die zionistischen Apologeten der *New York Times* Schwarze und Werk-tätige entwaffnen wollen, tun sie „palästinensische Forderungen nach einer sofortigen Entwaffnung aller jüdischen Siedler in den Gebieten“ als „unrealistisch“ ab.

Der Bankrott des palästinensischen Nationalismus

Wie wir in unserem Artikel „Israel/PLO-Deal: Palästinenser-Ghetto“ (*Spartakist* Nr. 107, Oktober 1993) schrieben: „Dieses Abkommen bringt die impotente Logik des kleinbürgerlichen Nationalismus der PLO auf den Punkt, die erst gepredigt hatte, man müsse sich auf die arabischen Bourgeoisien der Region stützen, und dann Zuflucht bei den ‚guten Amtsinhabern‘ des US-Imperialismus gesucht hat.“ Der offensichtliche Bankrott von Arafats Kapitulationspolitik hat den „Ablehnungs“-gruppen wie den „Radikal“-nationalisten PFLP und DFLP und besonders Hamas bereits eine Woge von Unterstützung gebracht. Die Hamas-Fundamentalisten sind üble Reaktionäre, die weltliche Palästinenser terrorisieren und wahllos Juden ermorden.

Jetzt schwören palästinensische Fundamentalisten Rache für Hebron mit dem Ruf „Zahn um Zahn“. Obwohl das Verlangen nach Rachemorden verständlich ist, sind Marxisten dagegen. Wahlloser Terror würde nur die bereits vergifteten Beziehungen zwischen Juden und Arabern im Nahen Osten verschlimmern. Und damit untergräbt er entscheidend die Sache der Befreiung der palästinensischen Massen.

In bewaffneten Auseinandersetzungen mit israelischen Truppen oder Siedlern beziehen Revolutionäre militärisch eine Seite selbst mit Fundamentalisten wie Hamas. Aber der atomar bewaffnete zionistische Staat hat ein überwältigendes Monopol an Feuerkraft in der Hand. Die Emanzipation der Palästinenser erfordert die Zerstörung des zionistischen Kasernenstaats von innen, durch die revolutionäre Mobilisierung der hebräischsprachigen und arabischen Arbeiter.

Proletarische Marxisten wollen die hebräischen Arbeiter vom Würgegriff des Zionismus brechen und sie für die Verteidigung der palästinensischen Bevölkerung gewinnen, als Teil des Kampfes für die sozialistische Revolution gegen ihre gemeinsamen Ausbeuter, die israelische Bourgeoisie. Einen scharfen Riß im zionistischen Konsens zu erzeugen bedarf wahrscheinlich gewaltiger historischer Ereignisse. Aber genau darauf müssen sich revolutionäre Internationalisten orientieren und dabei entschlossen gegen jede zionistische Greuelthat zu den Palästinensern stehen.

Allerdings haben die Anhänger von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat (VS) — die in Israel für Trotzki-sten gehalten werden —, statt für den Aufbau einer unabhängigen marxistischen Avantgarde zu kämpfen, jahrzehntelang ein „Programm“ verfolgt, hinter nichtproletarischen Kräften hinterherzulaufen. Historisch kroch die Mandelsche Revolutionary Communist League (RCL) hinter dem einen oder anderen Flügel des palästinensischen Nationalismus hinterher, während sie sich in den letzten Jahren bei der linkszionistischen „Peace-Now“-Bewegung einschmeichelte. Heute gibt der RCL-Führer Michel Warschawsky schändlicherweise dem Israel-PLO-„Friedens“-abkommen „kritische Unterstützung“, und er besteht darauf, daß es „nicht unsere Aufgabe ist, das Abkommen zu verurteilen“ (*International Viewpoint*, Januar 1994).

Diese schamlose Anerkennung eines neokolonialen „Raubfriedens“ hat unter den Mandelianern, auf den Seiten von *International Viewpoint*, zu einer offenen Spaltung geführt. Der VS-Sprecher Salah Jaber verurteilte das Abkommen, es gehöre zu „den ungerechtesten und verletzendsten in der Geschichte von Kapitulationen“. Aber Jaber gibt nur die Klagen von pseudomarxistischen Nationalisten wie Hawatmehs DFLP wieder. So sind diese Pseudotrotzkisten angesichts dieser historischen Herausforderung gelähmt, gespalten in diejenigen, die im Kielwasser der Linkszionisten fahren, und andere, die dem palästinensischen linken Nationalismus folgen, der sich wiederum an die Fundamentalisten von Hamas anhängt.

Kleinbürgerlicher palästinensischer Nationalismus — in allen Farben — ist immer eine Sackgasse gewesen, heute mit blutigeren Konsequenzen denn je. Unterdessen hat Hamas eine „Zukunft“ des religiösen Obskurantismus anzubieten und bedroht weltliche palästinensische Frauen mit Gewalt, wenn sie sich nicht an die islamischen Gesetze halten.

Nötig ist eine binationale trotzkistische Partei, die danach strebt, die palästinensischen arabischen und hebräischsprachigen Arbeiter zu einem *internationalistischen Klassenkampf* zu führen, zusammen mit allen Arbeitern der Region. Besonders angesichts des gemeinsamen Zusammenlebens der hebräischen und arabischen Bevölkerung — und der Aufteilung der palästinensischen Bevölkerung zwischen israelischer und jordanischer Herrschaft (und dazu großen Ansammlungen in den Flüchtlingslagern im Libanon und in Syrien) — kann es keine gerechte demokratische Lösung der nationalen Frage geben *ohne den Sturz des Kapitalismus* in der ganzen Region. Dies allein, eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens, kann die Möglichkeit zur Entwicklung der Zusammenarbeit der unzähligen Völker eröffnen. Nur eine Arbeiterrevolution kann den Schrecken von Hebron rächen und die zahllosen anderen Greuelthaten, die die palästinensische Bevölkerung erlitten hat.

Nach Workers Vanguard Nr. 595, 4. März

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 555, 10127 Berlin Telefon: (0 30) 4 43 94 00
Duisburg	T. Endruweit, Postlagernd 47051 Duisburg Telefon: (02 03) 6 58 92
Halle	SpAD, Postfach 20 11 31 06012 Halle Telefon: (03 45) 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg Telefon: (0 40) 32 36 44

Burgfrieden...

Fortsetzung von Seite 4

kampflosen Ausverkaufs bei Metall. Der Pflege-„Kompromiß“ festigt die „informelle“ Große Koalition von CDU und SPD, die schon durch die rassistische Zerstörung des Asylrechts, das Einverständnis mit dem „Out-of-area“-Einsatz der Bundeswehr und die tödliche „Gesundheitsreform“ entstanden ist.

Selbst nach den meisten bürgerlichen Kommentatoren kriegten die faschistischen Republikaner nicht mehr als 3,7 Prozent der Stimmen, weil die Große Koalition von CDU/SPD deren rassistisches Programm der Festung Deutschland und der Massenabschiebungen übernommen hat und inzwischen durchsetzt. Der Nazi/Skinhead-Terror tobt inzwischen weiter. Aber zur Zeit hält die Bourgeoisie von Auschwitz die Faschisten in Reserve, weil sie sich darauf verlassen kann, daß die rassistische Volksfront ihre Arbeit tut, die Immigranten und Minderheiten zu den Sündenböcken für die Wirtschaftskrise zu machen. Am Vorabend der Konfrontation der Bosse mit der IG Metall, mit ihrem strategisch wichtigen Anteil von türkischen und kurdischen Arbeitern, verkündete Bonns Oberbulle Kanther das Verbot der PKK und verwandter Organisationen — unter dem Beifall der SPD, die sich nur darüber beschwerte, daß es schon längst überfällig gewesen sei.

Als die Republikaner ankündigten, sie wollten am 11. Februar in Hannover unter dem Deckmantel eines Wahl-Parteitags ihren rassistischen Mob aufhetzen, riefen der DGB, die SPD und die Grünen zu einer Protestdemo „Gegen Rechts“ auf. Aber als ein paar hundert der jungen Demonstranten versuchten, die Rep-Provokation zu verhindern, schickten die Hannoverschen „Rot-Grünen“ Hundertschaften der Sonderpolizei hin, die mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und CS-Gas auf die Demonstranten losgingen und Dutzende von ihnen verletzten und verhafteten.

Welche Schlußfolgerung zog das SPD-loyale *Voran*

(März) aus dieser Lektion über Volksfrontpolitik: „Der brutale Einsatz muß von einer unabhängigen Kommission untersucht, die Verantwortlichen gefeuert werden.“ Ebenso jammerten die Anhänger von Ernest Mandel um *Avanti* (März): „SPD und Grüne können ihre Konsequenz (oder Inkonsequenz) unter Beweis stellen, indem sie sich für die Absetzung des direkt Verantwortlichen, des Polizeipräsidenten, einsetzen.“ Alle diese Aufrufe von den kleinen Reformistischen, den Bock zum Gärtner zu machen, können nicht die Tatsache verschleiern, daß die Polizei die Politik der rassistischen Volksfront durchsetzte, die das Asylrecht abschaffte (SPD) oder rassistische „Quoten“ verlangt (die Grünen), um „den Zustrom zu regeln“.

Der beste Beweis dafür, daß die Demo nichts anderes war als Wahlkampf für die SPD oder eine weitere „rot-grüne“ Koalition, besteht darin, daß trotz der Unterstützung des DGB für die Demo nichts getan wurde, um dessen Arbeiterbasis mit dem strategisch wichtigen Anteil von Immigranten zu mobilisieren, obwohl in der ganzen Region die Empörung über die Rep-Provokation zu spüren war. Wenn ein paar tausend von ihnen *mobilisiert* worden wären und sich den militanten antifaschistischen Jugendlichen angeschlossen hätten, hätte Schönhubers Nazitreff *verhindert* werden können. Und die Arbeiterklasse hätte einen Geschmack von ihrer wirklichen sozialen Macht gekriegt, der ihnen durch Zwickels Ausverkauf vorenthalten wurde.

Wir wollen eine revolutionäre Partei aufbauen, die nicht nur die Arbeiter dafür mobilisiert, die heutige Offensive der Bosse zurückzuschlagen, sondern dadurch auch unsere Klasse vorbereitet, die herrschende Klasse zu werden. Wir brauchen eine Partei, die alle Verbündeten der Arbeiterklasse dadurch vereinigt, daß sie gegen jeden Ausdruck sozialer Unterdrückung kämpft. Diese Partei kämpft gegen den nationalen Chauvinismus und für ein rotes Räte-Deutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.■

Reformisten und Bullen...

Fortsetzung von Seite 11

daß [es] schnell mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes durchgesetzt werden würde“ („Marxism and the State“, *Militant International Review*, Juni 1982).

Es ist nicht überraschend, daß eine Organisation, die über die Schlüsselfrage von Reform oder Revolution so offensichtlich ihren Frieden mit der linken Labour-Politik geschlossen hat, von Weichheit gegenüber der Polizei durchdrungen ist. Und hinter den idiotischen Träumen von einer „Stadtteil-Kontrolle“ lauert etwas viel Übleres. Wenn man Bullen als Arbeiter ansieht, ist es nur noch ein kleiner Schritt, daß man Arbeiter auffordert, als Hilfspolizisten zu handeln. In den Vereinigten Staaten (wo noch mehr als in Britannien „der Kampf gegen das Verbrechen“ ein Code-Wort für offenen Rassismus ist) bietet *Labor Militant* (September/Oktober 1993) eine sogenannte „Arbeiterantwort auf das Verbrechen“ an: Sie sind für „Gewerkschafts/Stadtteil-Komitees zur öffentlichen Sicherheit, um mit dem Problem des Verbrechens fertigzuwerden“. Diese „sozialistische“ Version von Bürgerwehr-Politik könnte nur als Werkzeug der rassistischen Bullen enden.

In Irland hielt sich *Militant* nicht einmal bei Bürgerwehr-Politik auf — sie wandten sich direkt an den kapitalistischen Staat. Joe Higgins, *Militant*-Kandidat in Dublin West bei den Wahlen im letzten November, kandidierte auf einer Plattform für „Recht und Ordnung“, die die Herzen von Michael Howard und Peter Lilley hätte höher schlagen lassen: „Dublin Corporation und County sollten dazu gezwun-

gen werden, bekannte Drogenhändler oder Leute, die ihre Wohnungen zu kriminellen Aktivitäten benutzen, zu vertreiben...“

Mehr Polizisten auf Streife, konzentriert auf gut bekannte Unruheherde, würden Verbrechen und antisoziales Verhalten verhindern.“

Am grossten war, was die südafrikanischen Anhänger von Peter Taaffe in *Congress Militant* (April 1993) schrieben:

„Daher ist Marxismus für eine allgemeine Wehrpflicht zur militärischen Ausbildung... Ein Soldat oder Polizist, der ein Genosse ist, muß hart arbeiten, so daß seine Kollegen ihm zuhören werden, wenn er mit ihnen spricht, und er Einigkeit erzielen wird, das ganze System zu lähmen.“

Dies hat offensichtlich Unzufriedenheit in den Reihen von *Militant* hervorgerufen. Für eine *allgemeine Wehrpflicht* der Apartheid-Armee? Ein Polizist des südafrikanischen Staates als „Genosse“? Man soll „hart arbeiten“ — das heißt, brutaler schlagen und genauer schießen? Bessere Bedingungen und bessere Bezahlung für De Klerks Schlächter? Der Opportunismus dieser Tendenz kennt wirklich keine Grenzen!

Militant und SWP sind keine Kräfte für die Revolution — sie sind Hindernisse auf dem Weg zur Macht der Arbeiter. Alle ernsthaften Mitglieder dieser Gruppen sollten die Politik ihrer eigenen Organisation sorgfältig studieren, und die Politik von Lenin und Trotzki. Die internationale Arbeiterklasse braucht eine bolschewistische Partei: keine Partei, die von denen geführt wird, die den Stiefel des kapitalistischen Staates lecken möchten.■

20. April...

Fortsetzung von Seite 24

schen Imperialismus will sein Gewicht wieder ins Spiel bringen. Dabei leistet die SPD Hilfestellung, die das Trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR war, und trägt den Nationalismus in die Reihen der Arbeiterklasse. Erst kürzlich geiferte der SPD-Vize Oskar Lafontaine antisemitisch, es wäre „höchste Zeit, daß die alten Opfer des Nazismus und ihre Familien aufhörten, sich ständig zu beklagen“ (*taz*, 31. Januar).



Fotomontage von John Heartfield 1936: „Berlin ruft zur Olympiade“

Jetzt arbeitet der Berliner Senat auf Hochtouren, um die Stadt zu einer kompletten Polizeifestung für den 20. April auszubauen. Dabei wird er obszönerweise von Ignatz Bubis unterstützt, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der dieses makabre Spektakel damit rechtfertigt, daß der Staat ansonsten „vor den rechten Gewalttätern einknicken“ würde. Marian Krüger vom PDS-Landesvorstand Berlin wiederum warnt vor einer „außen- und innenpolitischen Niederlage“ und ist gegen eine Abhaltung des Länderspiels, weil „die Polizei nicht in der Lage sein wird, dieses Gewaltpotential zu beherrschen“.

Aber der Senat brauchte nicht erst auf die PDS zu warten, um noch mehr Bullen zum Einsatz zu bringen. Man erinnert sich nur zu gut daran, daß der rassistische Saubermann Weizsäcker vor nicht allzu langer Zeit im Berliner Lustgarten von wütenden Antifaschisten mit Eiern beworfen wurde! Der Verfassungsschutz gibt zur Vorbereitung der staatlichen Hetze auf Antifaschisten und Immigranten Fahndungsmeldungen über angebliche Autonome heraus, die im Kampf gegen Nazis „deren Tötung in Kauf neh-

men“. Zusätzlich zu den von Republikanern durchgesetzten Bullen will der DFB 1000 „Sportfans“ im Stadion aufmarschieren lassen, und sicher werden auch die Schlägertrupps der von Willy Brandt auf- und von Lummer ausgebauten Freien Polizei-Reserve nicht fehlen.

Als der Bundesgerichtshof am 15. März mit der Entscheidung herauskam, daß die Verbreitung der „Auschwitz-Lüge“ nichts mit „nationalsozialistischem Rassenhaß“ und „Volksverhetzung“ zu tun hätte, wurde dies zu Recht von vielen Menschen als öffentlicher Freibrief für Antisemitismus und Nazi-Terror gesehen. Natürlich fordern wir nicht die Nachfahren von Freislers Blutrichtern auf, über Völkermord-Aufrufe zu urteilen, weil sich solche Gesetze immer gegen Linke und Antifaschisten richten. Aber es ist klar, daß dieses Urteil ein staatliches Signal an die Nazis ist, ihr blutiges Gewerbe weiterzubetreiben.

Von Rostock bis Mölln und Solingen hat die rassistische Bonner Allparteienkoalition den faschistischen Terror angefacht und zur Massenabschiebung von Flüchtlingen und zur Einschüchterung und Spaltung der Arbeiter benutzt. Dabei hat der Petersberger Asylbeschuß der SPD während der Rostocker Pogrome die Bresche zur Zerstörung des Asylrechts geschlagen. Appelle an den bürgerlichen Staat, die Nazis zu verbieten, entwaffnen die Antifaschisten und sollen die Arbeiter davon abhalten, daß sie sich unabhängig organisieren, um die Nazis zu stoppen.

Als nach Rostock Hunderttausende antifaschistische Jugendliche auf den Straßen waren und besonders nach den Möllner Morden in den Betrieben Diskussionen über Selbstschutz begannen, schrie die Volksfront „keine Gewalt“ und baute nationalistische Lichterketten auf. Dazu dient auch die breite Volksfront von SOS Rassismus bis PDS, die sich gegen das Länderspiel gebildet hat, um „DFB und Senat zur Vernunft zu zwingen“ (PDS) und das Ansehen des Vierten Reichs zu schützen. Die „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) will dagegen nicht mal das Spiel am 20. April verhindern, sondern fordert antifaschistische Jugendliche dazu auf, mit „Roten Karten“ im Stadion eine Lichterkette Nr. 2 zu bilden. Abgesehen davon, daß die Antifaschisten damit in eine gefährliche und völlig schutzlose Situation getrieben werden, wo sie von Bullen umringt in der Mitte von notorischen deutschnationalen Fußballanhängern sitzen, können diese „Roten Karten“ nur dazu dienen, der Welt zu beweisen, wie sauber und nett die Reichshauptstadt inzwischen geworden sei.

Aber Berlin ist keine Nazi-Stadt! Auf Initiative der Spartakisten versammelten sich 250 000 Antifaschisten im Januar 1990 im Treptower Park, um gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals zu protestieren. Und im Januar dieses Jahres kamen 100 000 Linke und Jugendliche nach Friedrichsfelde, um Lenin, Liebknecht und Luxemburg zu ehren. In Verbindung mit der sozialen Macht der Arbeiterklasse müssen diese Antifaschisten mobilisiert werden, wenn die Nazis am 20. April tatsächlich versuchen, ihre angedrohte Provokation wahr zu machen.

Wir richten uns an die Massenorganisationen der Arbeiterbewegung, um nachdrücklich die Notwendigkeit einer Massenmobilisierung der Arbeiter/Immigranten zu betonen, die auf den Gewerkschaften basiert, um die Straßen von Nazi-Terroristen zu säubern, die eine Bedrohung für uns alle sind. Aus einer solchen Mobilisierung können gewerkschaftlich organisierte Verteidigungsgruppen gebildet werden, basierend auf Arbeitern aus IG Metall und ÖTV, wo die kämpferischen türkischen und kurdischen Arbeiter eine führende Rolle spielen, um auch Wohnheime und bedrohte Stadtviertel zu schützen. Im Zusammenhang mit einer solchen Mobilisierung wäre es möglich, das braune Pack aus den Rattenlöchern hinauszusäubern, wo sie ihr mörderisches Gewerbe vorbereiten. ■

20. April, Olympiastadion

Viertes Reich: Ordnung soll herrschen in Berlin

Genau am 20. April, dem Jahrestag von Hitlers Geburt, soll in Berlin das Fußball-Länderspiel Deutschland gegen England stattfinden. Bereits jetzt haben diverse Nazi-Infotelefone eine „Jahrhundert Schlacht“ für den „Führer-Geburtstag“ angedroht, wo das braune Pack „in Massen“ in der alten/neuen „Reichshauptstadt“ aufmarschieren will. Aber der Staat hat diesen Tag selbst übernommen, um aller Welt zu zeigen, daß in Berlin wieder deutsche Ordnung herrscht.

Es ist Aufgabe der gesamten Arbeiterbewegung, gegen diese ungeheure faschistische Provokation zu mobilisieren, die durch den Staat Rückhalt bekommt. Ein Aufmarsch der Nazis in Berlin ist eine Gefahr für das Leben jedes Immigranten, jedes Flüchtlings, jedes Juden, jedes behinderten Menschen, und eine Bedrohung für die Existenz der Gewerkschaften und aller Organisationen der Arbeiterbewegung. Vergeßt nicht, daß das erste, was die Nazis nach ihrer Machtergreifung getan haben, die Zerschlagung der Kommunisten und der Arbeiterbewegung war, um dadurch den Weg zum Holocaust zu bereiten. Die SpAD hat wiederholt versucht, unabhängige Verteidigungsaktionen von Arbeitern/Immigranten zu initiieren, deren Macht die faschistischen Mörder wegfegen und die Sicherheit der beabsichtigten Opfer herstellen kann.

Keiner soll sagen, die deutsche Bourgeoisie sei nicht traditionsbewußt: Sie wählte für den 20. April das von den Nazis für die Olympiade 1936 erbaute Olympiastadion aus, um an diesem Ort wieder einmal dem Ansehen des Vierten Reichs im Ausland Glanz zu verleihen. Es fehlte nur noch, daß sie Leni Riefenstahl anrufen, um einen Film daraus zu machen.

Nachdem das SPD-regierte Hamburg die Abhaltung des Fußballspiels abgelehnt hatte, sprang der CDU-Bürgermeister Diepgen in die Bresche. Der Berliner CDU/SPD-Senat und der Deutsche Fußball-Bund (DFB) wollen den 20. April „zu einem wahren Volksfest“ machen und gleichzeitig den Abzug der Alliierten Truppen, der Sieger gegen Nazi-Deutschland aus dem Zweiten Weltkrieg, feiern. Zu den Klängen eines „völkerverbindenden Liedes“ sollen die Zuschauer sich zu Lichterketten zusammenschließen. Was



Tribüne

Berlin, Mainzer Straße im Oktober 1990: Auf den Anschluß folgte Bullenterror gegen Hausbesetzer in der wiedervereinigten Reichshauptstadt

sie bei all ihrem Geschwafel über „Völkerfreundschaft“ inszenieren wollen, ist eine Show, die die deutschnationale Stimmung zum Kochen bringt, wo auf dem „Reichssportfeld“ Tausende im Chor mit den Nazis „Deutschland, Deutschland“ brüllen werden. „Wie sollen wir sonst unsere Vergangenheit bewältigen?“, formulierte es der Berliner Fußball-Verbandspräsident Otto Höhne, der aus dem chauvinistischen Arsenal der Weltkriege gegen britische „Tommys“ hetzt.

Kohl wittert Morgenluft und will „Deutschland weniger als Verlierer des Zweiten Weltkriegs betrachtet wissen, sondern mehr als Sieger im Kalten Krieg“ (*Der Spiegel*, 14. März). Was der unheilvolle Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus bedeutet, hat Kohl zusammen mit Reagan schon 1985 mit dem Kniefall vor SS-Gräbern in Bitburg gezeigt. Jetzt versuchte der Reichskanzler als Antwort auf die Normandie-Feier der Alliierten, Frankreich dazu zu zwingen, vor Waffen-SS-Gräbern auf einem Friedhof in Lisieux ein Bitburg II zu veranstalten.

Es geht um die Rehabilitierung des Dritten Reichs. Dazu dient auch die antikommunistische Hexenjagd gegen Repräsentanten und Symbole des deformierten Arbeiterstaats DDR, der durch den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland entstanden ist. Das durch die Zerstörung der DDR gestärkte wiedervereinigte Vierte Reich des deut-

Fortgesetzt auf Seite 23